Nr. 196. Halle (Saale), Dienstag, den 22. August 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. ohne vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
Schriftleitung: Harz 42/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (60 mm breite Kolonelzeile) 75 Pf.
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 22. August 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe nördlich der Somme haben wieder größere Ausdehnung angenommen. Mehrfache englische Angriffe gegen unsere zwischen Thiepval und Pozières vorgebogene Linie wurden abgewiesen. Eine vorspringende Ecke ist verlorengegangen. Nordöstlich von Pozières und am Foureaux-Walde brachen die feindlichen Sturmkolonnen in unserem Feuer zusammen. Erbitterte Kämpfe entspannen sich um den Besitz des Dorfes Guillemont, in das der Gegner vorübergehend eindrang. Das württembergische Infanterie-Regiment Kaiser Wilhelm hat alle Angriffe siegreich abgewehrt und hat das Dorf fest in der Hand. Mehrere Teilunternehmungen der Franzosen zwischen Maurepas und Clery blieben ohne Erfolg. Südlich der Somme griffen frisch eingesetzte französische Kräfte im Abschnitt Estrées—Sonécourt an; verlorene Gräben sind im Gegenstoß wieder genommen. 1 Offizier, 80 Mann blieben gefangen in unserer Hand.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Am Stochod setzten die Russen ihre hartnäckigen Angriffe in der Gegend von Rudka-Czerwyszcze fort. Bayrische Reiterei mit österreichisch-ungarischen Dragonern wies den Gegner unter für ihn größten Verlusten jedesmal ab, nahmen 2 Offiziere, 270 Mann gefangen und erbeuteten 4 Maschinengewehre. Erfolgreiche Unternehmungen gegen die feindlichen Vorposten bei Smolary brachten 50 Gefangene und 2 Maschinengewehre ein. — Am Luh- und Graberka-Abschnitt und weiter südlich brachen russische Angriffe im allgemeinen schon im Sperrfeuer zusammen. Bei Pieniaki und Zwyzyn drang der Gegner in kurze Grabenstücke ein. Bei Zwyzyn ist er noch nicht wieder geworfen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl. Wiederholte Gegenangriffe beiderseits des Czarny-Czeremosz gegen unsere neuen Stellungen auf dem Stepanski und der Kreta-Höhe hatten keinerlei Erfolg.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Alle serbischen Stellungen auf der Malka-Nidze-Planina sind genommen. Der Angriff ist im Fortschreiten. Mehrfach ist der zum Gegenstoß angesetzte Feind am Dzemaat Jer und im Moglena-Gebiete blutig zurückgeschlagen. Zwischen dem Butkova- und Tachnyo-See sind französische Kräfte über den Struma geworfen. Weiter östlich ist der Kamm der Smijinica-Planina gewonnen.

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 21. August. Russischer Kriegsschauplatz. Heersfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl. Westlich von Moldawa in der Bukowina und auf den Höhen südöstlich und südwestlich von Zabie, bei deren Eroberung zwei Offiziere, 188 Mann und fünf Maschinengewehre eingebracht worden sind, macht der Gegner vergebliche Anstrengungen, verloren gegangenes Gelände zurückzugewinnen. Beiderseits des Tartarenpasses währen die Kämpfe fort; die Lage blieb unverändert. An der Eisenbahn südlich von Zielone wurde eine feindliche Abteilung geworfen. — An der Bistricza Solotwinska und nördlich des Dnjestr verlief der Tag ruhig. — Heeresfront des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Bei Smolary und südlich von Stobychwa kleinere Unternehmungen von Erfolg. — Bei Rudka-Czerwiszcze brachen alle Versuche der Russen, ihre Stellungen auf dem westlichen Stochodufer zu erweitern, unter schweren Feindverlusten zusammen.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Der französische Heeresbericht.

Vom 20. August, nachmittags. An der Somme war die Nacht ruhig. Auf dem rechten Maasufer bekundeten die Deutschen während der Nacht eine lebhafte Tätigkeit. Nach einer kräftigen mehrstündigen Beschießung versuchten sie mehrmals, Fleury wiederzunehmen. Alle Angriffe, darunter einer von äußerster Heftigkeit, brachen im Feuer zusammen. Die Deutschen erlitten erhebliche Verluste und ließen Gefangene in den Händen der Franzosen. Ein anderer deutscher Angriff nordwestlich des Werkes von Thiaumont wurde nach bedeutenden Verlusten durch Sperrfeuer angehalten. In Lothringen wurde ein deutscher Handstreich auf einen der kleinen Posten von Boho (?) leicht zurückgeschlagen.

Vom 20. August, abends. Nördlich der Somme bemächtigten sich unsere Truppen eines vom Feinde stark eingerichteten Gehöftes zwischen Guillemont und Maurepas; bedeutendes Material blieb in unserem Besitz. Unsere Batterien zeigten sich an der gesamten Sommefront sehr tätig. Sonst allenthalben zeitweise heftiges Artilleriefeuer außer im Abschnitt von Fleury, wo der Feind dieses Dorf heftig bombardierte.

Der russische Schlachtbericht.

Vom 20. August, nachmittags. Westfront: In der Gegend westlich vom Nobel-See wiesen wir Angriffe der Deutschen mit schweren Verlusten für diese zurück. Am Stochod bemächtigten sich unsere Truppen in der Gegend des Dorfes Rudka-Czerwiszce des Hofes Czerwiszce und mehrerer Anhöhen. Ein heißer Kampf entbrannte um den Besitz des Dorfes Tobol, das oft den Besitzer wechselte und schließlich in unserer Gewalt blieb. Donkosaken griffen den Feind an und säbelten mehr als 200 Oesterreicher nieder. In dieser Gegend nahmen wir sechs Offiziere und mehr als 600 Soldaten gefangen und erbeuteten 15 Maschinengewehre, zwei Minenwerfer, einen Scheinwerfer und fünf Telephonapparate. In der Richtung Krosmezo trieben unsere Truppen den Feind von den Höhen westlich von Jablonica-Woronenka und bemächtigten sich dieser Höhen. Am Blatny-Czeremosz trieben unsere Truppen den Gegner in der Gegend von Dolhopol zurück und rückten in der Richtung auf Teresful vor. In der Richtung Kirlibaba nördlich von Kirlibaba griff der Feind von uns besetzte Höhen an, wurde aber zurückgeworfen.

Der deutsch-russische Gefangenenaustausch. Aus Kopenhagen wird berichtet, Berlingske Tidende meldet aus Malmö: Der Austausch von Kriegsinvaliden zwischen Deutschland und Rußland ist bis zum 15. September eingestellt, da in den deutschen Gefangenlagern keine weiteren Kriegsinvaliden vorhanden und von Rußland in letzter Zeit nur wenige Invaliden ausgeliefert worden sind.

Die Teuerung in England. Unter den Arbeitern herrscht, wie die Times schreibt, eine wachsende Unruhe wegen der ständig steigenden Preise der wichtigsten Bedürfnisse, namentlich der Lebensmittel. Die Frage wird im Unterhause noch vor der Vertagung zur Sprache kommen. Ein Eingreifen des Staates ist wiederholt gefordert worden. Der Gewerkschaftskongreß, der am 4. September in Birmingham zusammentritt, wird sich demnächst für diese Forderung einsetzen.

Die deutsch-bulgarische Balkanoffensive.

Wie Reuter aus Athen meldet, teilte der bulgarische Gesandte Passarow dem griechischen Ministerpräsidenten Zaimis gestern mit, daß die bulgarische Offensive mit der Besetzung mehrerer strategischer Punkte auf griechischem Gebiete begonnen habe. Zaimis war am Nachmittag im Fatois-Palaste beim Könige. Die Gesandten Elliot und Guillemin richteten an Zaimis heute die Frage, welche Schritte die Regierung tue angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung in Mazedonien vor den Bulgaren in alle Windrichtungen flüchte.

Der deutsch-bulgarische Vorstoß in Mazedonien hat in Paris allgemein überrascht. Die Mehrzahl der Blätter erklärt, man könne nicht daran glauben, daß der Feind wirklich angegriffen hätte. Gaulois und Echo de Paris schreiben jedoch im Gegensatze zu den anderen Pariser Zeitungen, daß die Bulgaren und Deutschen die Armee des Generals Sarrail doch fest angepackt zu haben scheinen. Der Temps sagt jedoch, daß Sarrail auf diese unerwartete Offensive vorbereitet war, will aber in der Offensive der Deutschen und Bulgaren bis auf weiteres nur eine einfache Demonstration sehen, da sie nicht die nötigen Streitkräfte für ein großes Unternehmen hätten. Bezeichnend ist, daß die gesamte Pariser Presse die Eroberung von Florina durch die Bulgaren bisher verschwiegen hat, offenbar unter dem Drucke der Zensur.

Der Sonderberichterstatter des Mailänder Secolo drahtet aus Saloniki: Niemand könne die große Bedeutung des bulgarischen Einfalls auf griechisches Gebiet in Abrede stellen. Wie dieser ermöglicht werden konnte, sei rätselhaft, da die Griechen die Grenze mit mindestens 10 000 Mann bewacht hätten. Der bulgarische Vorstoß sei um so unerklärlicher, als die ganze Gegend sehr gut befestigt war und gerade in jenem Abschnitte die moderne Festung Ynager liege, von wo aus die Ebene Kavallcs und teilweise die Straße nach Vrania und Vallaltis beherrscht werde.

Der bulgarische Generalstabsbericht.

Sofia, 21. August. (W. T. B.) Generalstabsbericht vom 20. August. Infolge der während der letzten Tage von den Truppen des Vierverbandes im Wardar-Tale unternommenen militärischen Operationen, die sich auch östlich der Struma nördlich vom Taschino-See ausdehnten, begann unser linker Flügel am 18. August die allgemeine Offensive. Die im Struma-Tale vorrückenden Truppen besetzten die Stadt Demirhissar und warfen nach einem Kampfe, der sich in der Gegend der Stadt Seres abspielte, die Engländer und Franzosen auf das rechte Ufer der Struma zurück und besetzten das linke Ufer des Flusses zwischen dem Butkova- und Tachino-See. Die zwischen der Struma und der Mesta operierenden Abteilungen rücken nach den ihnen erteilten Befehlen vor. Im Wardar-Tale griffen die englisch-französischen Truppen ohne Erfolg seit zehn Tagen unsere vorgeschobenen Stellungen südlich und südwestlich der Stadt Doiran an, wobei sie nur große Verluste erlitten, die ihnen unser Infanterie- und Artilleriefeuer zufügte. Die Truppen unseres rechten Flügels setzten nach ihrem Siege über die Serben bei Florina (Lerine) die Ausführung ihres Planes mit vollem Erfolge fort. Gestern besetzten wir die Stationen Buniza und Efchisu an der Eisenbahn Salonili—Florina und stellten die Eisenbahnverbindung mit der Stadt Bitolia (Monastir) wieder her. Südlich vom Presha-See besetzten wir die Dörfer Zvezda, Piglischta und Presnitza und unterbrachen auf diese Weise endgültig die Verbindungen zwischen Gortscha und Florina, sowie zwischen Gortscha und Kostur-Kastoria.

Die Haager Konferenz.

Der Wiener Arbeiter-Zeitung entnehmen wir diese Würdigung der internationalen sozialistischen Konferenz neutraler Staaten:

Die Haager Konferenz, die vom 31. Juli bis 2. August tagte und die Vertreter unserer Bruderparteien in den neutralen Ländern zur Beratung über Krieg und Frieden vereinigte, hat ihre bedeutsamen und denkwürdigen Verhandlungen geschlossen. Mit lebhaftem Interesse haben die Sozialisten aller Länder, die in Drang und Not des Krieges auf sich selbst gestellt sind und den furchtbaren Seelenkampf zwischen der Selbstbehauptung ihrer Völker und der völkerverbrüdernden Idee des Sozialismus durchzuringen haben, den Verlauf dieser Tagung verfolgt und ihre Ergebnisse erwartet. Ein beneidenswertes Los, frei von der unmittelbaren Bedrängnis der Waffen, frei von der genuälten Sorge und furchtbaren Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft des eigenen Proletariats und frei von Leidenschaft, von Furcht und Hoffnung und unbeirrt von den ringsum brandenden Kriegsstimmungen ein objektives Urteil über das furchtbarste Weltgeschehen und einen nützlichen Ausweg für die kämpfenden Staaten und Völker zu finden zu können — ein beneidenswertes Los und ein hohes Amt zugleich. Man muß dem Kongresse zubilligen, daß er sich um die redliche Erfüllung dieses Amtes gewissenhaft bemüht hat. Zu schwierig allerdings war die Aufgabe für die Vertreter kleinerer Staaten, über die politischen und wirtschaftlichen Triebkräfte, über die verwickelten staatlichen und nationalen Verhältnisse aller Großstaaten Europas einen vollen Ueberblick zu gewinnen, und mancher heißlame Ansatz, den das Manifest des Baseler Friedenskongresses vor dem Kriege genommen hat, erscheint nicht fortgeführt. Hervorgehoben zu werden verdient die völlige Unbefangenheit und weise Zurückhaltung des Referenten Troelstra, der die Konferenz mit einer in jedem Sinne glücklich gefaßten Ansprache eröffnete. Der taktische Gedanke, in den seine Rede ausklingt, trifft sicher den nächsten möglichen Schritt, nämlich „daß die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder ihre Freiheit gegenüber den eigenen Regierungen und bürgerlichen Parteien zurücknehmen und sich miteinander über die Herbeiführung eines dauernden, daß heißt auf den Hauptforderungen des internationalen sozialistischen Friedensprogramms aufgebauten Friedens verständigen". Selbstverständlich kann ein solcher Schritt nur einvernehmlich, nur international vollzogen werden, wenn er wirksam sein soll. Dieser Appell richtet sich wohl in erster Linie an die französische Sektion, deren Mehrheit erst jüngst wieder unmögliche, kaum ernstgemeinte Voraussetzungen für ein Eintreten in die Verhandlungen gestellt hat. In keinem Augenblicke des nun zweijährigen Krieges hat sich die deutsche Sozialdemokratie gegen ein Zusammentreten des Bureaus geweigert, sie hat es vielmehr immer mit Eifer angestrebt.

Die wirtschaftliche Entschließung, die von dem Holländer Wibaut begründet wurde, wendet sich mit dankenswerter Entschiedenheit gegen den von imperialistischer Seite geforderten Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Für diese Bestrebungen liegen zwei sehr auffällige Kundgebungen vor: die private und privat gebliebene Tagung der mitteleuropäischen Vereinigung zu Dresden und München, die halb private und später von den Regierungen der Ententeländer anerkannte Pariser Konferenz. Wibaut übersieht den gewaltigen Unterschied zwischen diesen beiden Kundgebungen, von denen die zu München ein freies Bündnis zwischen Nachbarn ohne Feindseligkeit gegen Dritte fordert, während jene von Paris den Geist der Feindseligkeit atmet und nicht weniger beabsichtigt, als die wirtschaftliche Erdrückung der Mittelmächte durch eine überwältigende ökonomische Uebermacht, eine Haltung, die das Proletariat dieser Länder im höchsten Grade beunruhigen muß. Wahr ist allerdings, daß die parlamentarische Gruppe der Partei diese Absichten klipp und klar zurückgewiesen hat. („Wir lehnen es ab, das Unheil des europäischen Krieges in einem Wirtschaftskrieg zu verlängern." Humanité vom 25. Juni 1916.) Aber gegen diese Erklärung steht die Teilnahme an einer Regierung, von der man sagt, daß sie die Seele der Pariser Konferenz gewesen ist.

Genosse Wibaut setzt sich mit der Zusammenkunft deutscher und österreichischer Sozialdemokraten am 9. Januar 1916 zu Berlin auseinander, wo die Erörterungen über die mitteleuropäische Frage eröffnet, im übrigen jedoch Beschlüsse nicht gefaßt worden sind. Seine scharfsinnige Darstellung scheint uns ein Mißverständnis zu verraten: weder die deutsche noch ein Zweig der österreichischen Sozialdemokratie fordert ein schutzzöllnerisches oder nach außen feindseliges Wirtschaftsbündnis der Zentralmächte, beide sehen in ihm vielmehr einen gangbaren Weg zur Verkehrsfreiheit im Innern und nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160822-11/fragment/page=0001

außen, einen geschichtlichen und geographisch gegebenen Ausweg aus der schutzzöllnerischen Verranntheit ihrer herrschenden bourgeoisen und agrarischen Klassen. Und voll berechtigt ist die Annahme des Referenten Troelstra: „Von den Verhandlungen der Vertreter der österreichischen und deutschen Sozialdemokraten habe ich den Eindruck empfangen, daß sie ein Bündnis nicht zur wirtschaftlichen Bekämpfung der Ententeländer, sondern zur Erleichterung des Verkehrs zwischen beiden Staaten anstreben." Auf Seite der Zentralmächte liegt weder ein Beschluß der sozialdemokratischen Parteien noch eine Regierungserklärung vor, die eine andere Deutung zuließe.

Die Entschließung der Konferenz kommt zu dem Ergebnis, die einzige Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse sei der Freihandel. Vorbehaltlos unterschreibt diesen Satz jeder Arbeiter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, deren Proletariat — mit alleiniger Ausnahme des englischen — seit Jahren einen unermüdlicheren und opfervolleren Kampf gegen das Schutzsystem geführt hat als jedes andere Proletariat. Die Resolution fordert eine internationale Handelspolitik des ungehinderten Warenaustausches zwischen den Nationen nebst ihren Kolonien und Protektoraten und für die Freiheit der See, diese Politik des vollen Freihandels bahne den Weg zur Weltproduktion auf sozialistischer Grundlage — Forderungen und Auffassungen, die die deutsche Sozialdemokratie in beiden Staaten zu vertreten niemals müde werden wird. Sie hätte indessen mit Fug und Recht erwarten dürfen, daß sich die neutralen Genossen über die Mittel und Wege näher aussprechen, wie zur Freiheit der Meere und zu einem Regime der offenen Tür zu gelangen sei, unbedingte Lebensinteressen aller Völker, der Zentralvölker und nicht zum mindesten der Neutralen. Eine Aufgabe käme den neutralen Genossen vor allem zu, die Untersuchung aller Mittel, wodurch die volle Wiederherstellung des Völkerrechts zu Land wie zur See und sein dringend gebotener Ausbau im Interesse der gesamten menschlichen Kulturgemeinschaft erreicht werden kann. Gerade diese Aufgabe scheint uns einer internationalen Organisation besonders angemessen und würdig.

Für die Arbeiterklasse der kriegführenden Staaten dient die Haager Konferenz zweifellos zur Aufrichtung und Erhebung, sie ist ihnen eine Bürgschaft mehr für die baldige Wiederaufrichtung der Internationale. Inzwischen aber hat das blutige Handwerk der Waffen sich gesteigert und werde die Staaten und Völker der Mittelmächte wieder vor die Entscheidung über ihr politisches Sein oder Nichtsein gestellt, der tragische Ernst der Stunde benimmt jedem einzelnen Mann und Sinn für die Fragen auch nur des nächsten Tages. Möge den Bemühungen der neutralen Genossen wenigstens der eine Erfolg beschieden sein, die neutralen Regierungen besonnen zu erhalten und auf der Bahn des Friedens vorwärts zu treiben!

Ueber die Lebensmittelversorgung Polens

bringt die Nordd. Allgem. Ztg. längere Ausführungen, in denen es u. a. heißt: Mehr noch als in Deutschland bedeutete in den besetzten Gebieten des Ostens, vor allem in den Bezirken des Generalgouvernements Warschau, die günstige Ernte von 1916 einen Wendepunkt in der Gestaltung der Volksernährung. Habe die polnische Ernte von 1915 unter der russischen Zerstörungswut gelitten, so sei die von 1916 dagegen durch planmäßige und restlose deutsche Wiederaufbauarbeit gefördert und gesichert. Rußland hätte Polen zur Aushungerung verurteilt gehabt, und England habe Rußland darin durch die völkerrechtswidrige Verbinderung neutraler Zufuhr unterstützt. Deutschland allein habe Polen, soweit dies in seinen Kräften stand, vor Not und Entbehrung geschützt.

Trotz der englischen Hungerblockade und der damaligen Lebensmittelknappheit habe Deutschland aus eigenen Beständen abgegeben, um dringendste Bedürfnisse zu decken. Solche Hilfe habe nun nicht Regel sein dürfen, sondern Polen habe sich wie Deutschland selbst in der Hauptsache aus dem eigenen Ertrage seines Boden ernähren müssen. Deshalb sei schon 1915 auf ähnlicher Grundlage wie in Deutschland eine Rationierung im Verbrauch der wichtigsten Nährfrüchte durchgeführt worden. Daß die Verbrauchsmenge, die bisher zugestanden werden konnte, nur eine notdürftige Ernährung hätte gewährleisten können, sei nicht zu leugnen; aber die Polen wüßten, bei wem sie sich dafür zu bedanken hätten."

Englische Besorgnis um Belgiens Zukunft.

Manchester, 17. August. (W. T. B.) Der Londoner Korrespondent des Manchester Guardian meldet: Bei der ganzen Erörterung des Wirtschaftskrieges nach dem Frieden hat man Belgien vergessen. Hier lebende Belgier betonen, daß, wenn Deutschland nach dem Krieg mit einer „Ehernen Mauer" umgeben würde, die belgische Industrie und der Hafen von Antwerpen sehr darunter leiden würden. Die Belgier werden dadurch beunruhigt, daß der deutsche Handel dann nach Holland abgelenkt werden würde, eine Gefahr, die den Belgiern seit Generationen vor Augen steht. Unter den hiesigen Belgiern herrschen verschiedene Ansichten. Die einen hoffen zuversichtlich, daß Belgien ungeschmächt durch eine schwere Kriegsschuld aus dem Kriege hervorgehen und sich für den Verlust des deutschen Handels entschädigen wird, indem es sich den Hauptanteil an dem Wiederaufbau des verwüsteten Nordfrankreich sichert und außerdem einen großen Teil der britischen und französischen Ausfuhr an Fabrikaten gewinnen wird. Andere verlangen, daß Deutschland in den Friedensverträgen gezwungen wird, einen bestimmten Tonnenanhalt oder einen gewissen Prozentsatz seiner Ausfuhr über Antwerpen zu senden. Wieder andere sind der Meinung, daß Belgien für eine Reihe von Jahren Aachen und das Land bis an den Rhein okkupieren müsse, um Antwerpen über den Uebergangszustand hinwegzuhelfen; denn wenn einmal der Verkehr nach Antwerpen gelangt sei, würde er auch nach der Okkupationszeit diesen Weg beibehalten. Andere Belgier erwarten als Entschädigung die Angliederung von Luxemburg und deutschen Gebiets in der Nachbarschaft von Lüttich. Jedenfalls stimmen alle Belgier darin überein, daß Belgien eine Entschädigung brauche, wenn auf den Krieg eine Handelsblockade Deutschlands im Frieden folgen soll.

Ums tägliche Brot.

Der neugebildete Ueberwachungsausschuß der Lederindustrie

hat, wie amtlich mitgeteilt wird, am Montage seine Tätigkeit begonnen. Er setzt sich zusammen aus folgenden Mitgliedern: Exzellenz von Möller, Brackwede, Adolf Beck, Chemnitz, Salli Cahen, Mülheim am Rhein, David Diegel, Kassel, Kommerzienrat Freudenberg, Weinheim, Dr. Götz, Pirmasens, Konrad Hausch, Stuttgart, Kommerzienrat Renner, Hamburg, Konsul Heinrich Roeckl, München, Dr. Roghe, Berlin, Reichstagsabgeordneter Simon, Nürnberg, Kommerzienrat Simon, Kirn (Nahe), Kommerzienrat Albert Stäckel, Berlin, Strecker, Eimsbern, Karl Tacke, Leipzig, Eugen Wallerstein, Offenbach a. M.

Im Bedarfsfalle behält sich die Kriegs-Rohstoff-Abteilung weitere Ernennungen vor. Außerdem nimmt je ein Vertreter des Kriegsausschusses der deutschen Industrie und der Kriegszentrale des Hansabundes an den Sitzungen des Ueberwachungs-Ausschusses teil. Außer dem Königl. preußischen Kriegsministerium ist das Reichs-Marineamt, das Reichsamt des Innern und das Königl. preußische Ministerium für Handel und Gewerbe kommissarisch im Ueberwachungs-Ausschusse vertreten.

Für die Neuzusammensetzung des Ueberwachungs-Ausschusses war der Gesichtspunkt maßgebend, allen an der Bewirtschaftung und Verwertung von Lederrohstoffen und Leder beteiligten Kreisen einschließlich der Verbraucher Sitz und Stimme zu verschaffen. — Aehnlich wie für die Bewirtschaftung anderer Rohstoffe den amtlichen Stellen Kriegsausschüsse beratend zur Seite stehen, hat der vom Kriegsministerium gebildete Ueberwachungs-Ausschuß der Lederindustrie die Aufgabe, die Kriegs-Rohstoff-Abteilung bei allen Maßnahmen zu beraten, welche die Kriegswirtschaft der Lederindustrie und insbesondere die Sicherstellung des Lederbedarfs der bewaffneten Macht betreffen. Ueber die nach den Vorschlägen oder Beschlüssen des Ueberwachungs-Ausschusses zu treffenden Anordnungen entscheidet die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. preußischen Kriegsministeriums im Einvernehmen mit den beteiligten Behörden endgültig. Die Durchführung der Maßnahmen ist Sache der Kriegsleder-Aktiengesellschaft, die hierzu ihre Anweisungen von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung empfängt.

Politische Uebersicht.

Keine Erörterung der Kriegsziele.

Die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft hatte in einer Eingabe an den Reichskanzler gebeten, ihr die Aussprache über Kriegs- und Friedensziele freizugeben mit dem Hinweis darauf, daß man auch dem Nationalausschuß Redefreiheit zugestanden habe. Daraufhin ist der Friedensgesellschaft vom Unterstaatssekretär Wahnschaffe folgende Antwort erteilt worden:

„Der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft gestatte ich mir auftragsgemäß auf das gefl. Schreiben vom 28. Juli d. J. ergebenst zu erwidern, daß der Herr Reichskanzler der dortigen Auffassung, daß durch das Auftreten des Deutschen Nationalausschusses die Sach- und Rechtslage hinsichtlich der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele verändert sei, nicht beizutreten vermag. Auch dem Deutschen Nationalausschuß gegenüber ist darauf hingewiesen worden, daß dem Antrag auf Freigabe der Erörterung von Kriegszielen nicht entsprochen werden könne, solange noch auf allen Fronten erbittert gekämpft wird. Dementsprechend ist er ferner bedeutet worden, daß die Gestaltung eines die Zukunft des Reiches sichernden und seine Stärke mehrenden Friedens nur in allgemeinen Umrissen, ohne Eingehen auf konkrete Forderungen und polemische Schärfe besprochen werden könne. Die unerläßliche Voraussetzung für eine in dieser Beschränkung zugelassene Behandlung von Kriegszielfragen bleibt ferner, daß die Erörterung vom Geiste entschlossenen Durchhaltens nach außen und innen getragen ist. Ebenso ist für die Veröffentlichung von Berichten über den Verlauf der Versammlungen und die Wiedergabe etwa gefaßter Resolutionen in der Presse Voraussetzung, daß darin nicht enthalten ist, was die innere Geschlossenheit unseres Volkes stören, den Widerstand unserer Feinde anfeuern oder ihre Hoffnungen auf ein Nachlassen unserer Kräfte stärken könnte. Diese Richtlinien besitzen gleiche Geltung für die Veranstaltungen aller Organisationen und Parteien. — Die Prüfung und Entscheidung im Einzelfalle ist Sache der Behörden, die die Verantwortung für den Verlauf derartiger Veranstaltungen zu tragen haben."

Auch durch diese Begründung dürfte die große Masse des Volkes von der Berechtigung des Verbotes, die Kriegsziele öffentlich zu erörtern, kaum überzeugt werden. Und dieses Verbot stößt ja auch allgemein auf Widerspruch, wenn auch in den alldeutschen Kreisen aus ganz anderen Gründen als in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Den Annektionspolitikern von der Rechten wird es dabei auch gar nicht einmal so schwer gemacht, z. B. in der Form über Kriegsziele zu reden, wie das kürzlich Herr v. Heydebrand in seiner Frankfurter Rede tat. Was die Annektionspolitiker wollen, das haben sie noch immer und überall aussprechen können, und das Verbot gilt im Grunde doch nur für die anderen. So hat jetzt weder der Abgeordnete Bassermann im Nationalliberalen Verein in Stettin geredet und dort u. a. auch die Anwendung aller Kriegsmittel gefordert. In der Resolution, in der diese Forderung erhoben wurde, wird allerdings auch zum Ausdruck gebracht, „daß den bewundernswerten Leistungen des deutschen Volkes, das draußen an der Front und im Innern des Landes seine Kraft bewährt, ein System der Bevormundung nicht entspricht, wie es heute ausgeübt wird; sie fordert daher mit allem Nachdruck die Beschränkung der Lesur auf Dinge rein militärischer Natur. Eine Beschränkung, die schon seit Monaten der Erfüllung harrt.

Die künftige Steuerpolitik.

In der Vossischen Zeitung behandelt Georg Bernhard die Fragen der inneren Einigung und geht dabei insbesondere auch auf die Steuerpolitik nach dem Krieg ein. Er stellt fest, daß wir Milliarden von Schulden zu tilgen und zu verzinsen haben. Das Budget des Reiches und die Budgets der Bundesstaaten aus den Friedenszeiten werden uns nach dem Kriege wie paradiesische Glückseligkeiten anmuten. Die Opfer, die gebracht wurden, werden erst dann in ihrer ganzen tragischen Größe offenbar werden, wenn die Deckung der Kriegskosten vom Volke verlangt wird. Bernhard hält es für selbstverständlich, daß um der Gerechtigkeit willen und aus Notwendigkeit die starken Schultern mit direkten Steuern so schwer, wie sie es tragen können, belastet werden müssen. Aber es werde sich ergeben, daß gegenüber den Riesensummen, die aufzubringen sind, die Abneigung gegen die indirekte Besteuerung verstummen muß (?), und wer heute dem Volke vorgaukle, daß auch im günstigsten Falle die Kosten dieses Krieges mit direkten Steuern allein zu decken sind, der sei entweder ein Nichtwisser oder er belüge die Masse. Daraus zieht Herr Bernhard den Schluß, daß die gesamte deutsche Opposition, der Liberalismus ebenso wie die Sozialdemokratie (!), praktisch für indirekte Steuern eintreten muß oder doch mindestens sich ihnen nicht widersetzen können. Daraus ergibt sich für Verfasser dann weiter, daß die Zollfrage im freihändlerischen Sinne nicht mehr wird diskutiert werden können. Und schließlich entdeckt er noch ein anderes: die Ablehnung des Militärbudgets als Grundsatz wird hinterher keine Partei, die auf Anhängerschaft rechnet, mehr zu betreiben wagen.

Wenn sich Herr Bernhard mit diesen Mahnungen an die Liberalen wendet, so rennt er damit offene Türen ein. Der größte Teil des Liberalismus hat bei den letzten Zollkämpfen bewiesen, daß er durchaus auf dem Boden einer scharfen Schutzzollpolitik steht. Die Fortschrittler haben zwar in früheren Jahren Abstriche im Militäretat gefordert, sie haben auch gelegentlich die Marineforderungen bemängelt, in der Regel aber schließlich doch alles bewilligt. Die Sozialdemokratie wird es selbstverständlich ablehnen, von Herrn Bernhard, der sich früher zu ihr rechnete, Ratschläge über ihr künftiges Verhalten entgegenzunehmen.

Brauchen wir Botschafter?

Diese Frage verneint ein Artikel, den wir, so unglaublich es sein mag, in der Zentrumspresse (Dortmunder Tremonia und Essener Volkszeitung vom 20. August) finden. Den Anlaß zu der Frage, ob wir künftig Botschafter gebrauchen, gibt dem Artikelschreiber die in der Nordd. Allgem. Ztg. an Herrn Asquith erteilte halbamtliche Antwort, daß Deutschland gar nicht auf die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit England brenne. Im Anschluß daran stellt der Verfasser die „allgemeine Frage",

„ob überhaupt für den Verkehr unter den Mächten die alte, umständliche und kostspielige Einrichtung der ständigen Gesandtschaften noch notwendig sei. In früheren Zeiten war sie offenbar am Platze, da bei den schlechten Verkehrsmitteln, dem Mangel einer Presse usw. die Verbindung zwischen den Völkern und den Regierungen wesentlich angewiesen war auf die Informationen und Berichte der Gesandten. Unter den neueren, gehobenen Formen des Völkerverkehrs ist der reelle Wert des Gesandtschaftswesens immer mehr gesunken. Was wir von dem fremden Lande wissen müssen und wollen, kann in den meisten Fällen ebensogut und in manchen Fällen sogar besser durch Berichterstatter ohne Beglaubigung und Uniform beigebracht werden. Und was wir der fremden Regierung mitzuteilen haben, kann man durch die Post, den Telegraphen oder durch besondere Kuriere ohne störenden Zeitverlust überbringen. Sind mündliche Besprechungen notwendig, so kann man einen außerordentlichen Vertrauensmann reisen lassen. Bezeichnenderweise sind ja auch früher schon, als noch die ständigen Botschaften in Blüte standen, zu Verhandlungen über besonders wichtige oder zarte Sachen entweder die Minister selbst herübergekommen oder ein hervorragender Staatsmann als außerordentlicher Vermittler. Wie beschränkt die Leistungsfähigkeit der ständigen Botschafter und ihrer eingegliederten Hilfsmannschaft ist, haben wir ja vor anderthalb Jahren noch erlebt, als Fürst Bülow die offizielle Vertretung Deutschlands in Italien übernommen hatte. Es gab keine Persönlichkeit, die besser als er befähigt war, in Italien zugunsten des Friedens zu wirken. Seine Arbeit war aber vergebens. Der Verrat war von langer Hand beschlossen worden, und den verhängnisvollen Gang der italienischen Politik vermochte Fürst Bülow ebensowenig aufzuhalten wie sein Vorgänger."

Nur bei „verbündeten oder engbefreundeten Staaten" will der Artikel die ständigen Botschaften oder Gesandtschaften aus „Gefühlswerten" heraus gelten lassen, bei den anderen aber sei „der große Apparat der Botschaften ein Luxus, den man auch entbehren kann".

Daß das ganze Diplomatenhandwerk veraltet sei und vom auch der klügste Botschafter mit dem kostspieligsten Apparat an dem Verhältnis der Länder zueinander nichts ändern kann, weil dieses Verhältnis durch das Zusammenwirken der politischen und durch die Interessen der beiderseitigen besitzenden Klassen bestimmt werde, hat die Sozialdemokratie stets gesagt, und zur Kontrolle der auswärtigen Beziehungen hat die Sozialdemokratie immer verlangt, daß die zwischenstaatliche Politik aus den Dunkelkammern der Diplomatie in die helle Oeffentlichkeit der Parlamente gehöre, denen die Entscheidung über das Verhalten der Völker zueinander und über Krieg und Frieden zufallen müsse.

Bei den großen Debatten vor acht Jahren war der damalige Zentrumsführer Frhr. v. Hertling schon zufrieden, wenn der Reichstag hinterher periodisch über die auswärtige Politik informiert wurde, und noch nach Kriegsausbruch legte sich das Hauptorgan der badischen Zentrumspartei, der Beobachter (21. Nov. 1914), für adlige Diplomaten ins Zeug, die sich „glänzend bewährt" hätten. Demgegenüber ist der jetzt in den beiden Zentrumsblättern des Westens vertretene Standpunkt ein geradezu überraschender Umschwung.

Kleine politische Nachrichten.

Keine Verlängerung der Landsturmpflicht. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist eine Verlängerung der Landsturmpflicht nicht beabsichtigt, wenn die Verhältnisse sich nicht von Grund aus ändern sollten. Im Gegenteil sei die Militärverwaltung bestrebt, die einzelgezogenen Landsturmpflichtigen der ältesten Jahrgänge nach Möglichkeit ihrem Zivilberufe wiederzugeben.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Ortsverein Braunschweig nahm in einer Mitgliederversammlung am Mittwochabend Stellung zu der am 27. August stattfindenden Kreisgeneralversammlung. Vorstand und Funktionäre beantragten, dem Kreistage folgende Resolution für Beschlußfassung zu unterbreiten:

„Die heute tagende Kreisgeneralversammlung des ersten braunschweigischen Reichstagswahlkreises verwirft die Politik des 4. August und deren Fortsetzung durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Diese Politik hat nicht die Interessen der Arbeiterklasse gewahrt. Sie hat dieselben den Interessen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und dessen imperialistischer Politik ausgeliefert. Die Politik des 4. August widerspricht den Grundsätzen, den Ueberlieferungen, der Taktik und den Zielen der sozialdemokratischen Partei; sie ist die Ursache aller Wirrnisse und Zerwürfnisse in derselben. Nur in der Rückkehr zu einer grundsätzlichen, dem sozialdemokratischen Programm, den Beschlüssen der Parteitage und der internationalen Kongresse gerecht werdenden selbständigen sozialistischen Politik ist Einigkeit, Geschlossenheit und Kraft der Partei wieder zu gewinnen.

Die Kreisgeneralversammlung kann daher den jetzigen Vertreter des ersten braunschweigischen Wahlkreises im Reichstage, Genossen Wilh. Blos, der auf dem Boden der verderblichen und parteischädigenden Politik des 4. August zu stehen erklärt, nicht mehr als den Vertreter der Sozialdemokratie anerkennen. Die Kreisgeneralversammlung erklärt schon heute, daß an eine Wiederaufstellung des Genossen Blos als Kandidaten der Genossen im ersten braunschweigischen Wahlkreise nicht mehr zu denken ist.

Die Kreisgeneralversammlung verspricht mit aller Kraft und Entschiedenheit im Wahlkreise an der Erhaltung der Organisation und der Aufklärung der Mitglieder zu arbeiten und besonders nach jeder Richtung hin als bestes Aufklärungsmittel zurzeit das Organ des Wahlkreises, den Volksfreund, zu unterstützen.

Durch ein klares Bekenntnis zu einer grundsätzlichen sozialdemokratischen Politik des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse hofft die Kreisgeneralversammlung, die Einheit und Geschlossenheit der Partei im Wahlkreise zu wahren. In diesem Bekenntnisse stellt sich der Kreistag hinter jene sozialdemokratischen Genossen, die die Kräfte des Volkes und der Arbeiterklasse auslösen wollen zum Kampfe gegen den Krieg und für den Frieden."

Absatz 1 der Resolution wurde mit 175 gegen 39, Absatz 2 mit 167 gegen 50, Absatz 3 mit 195 gegen einige Stimmenthaltungen und Absatz 4 mit 211 gegen eine Stimme und einigen Stimmenthaltungen nach einer eingehenden Aussprache von der Versammlung angenommen. Als Delegierte zur Kreiskonferenz wurden nur Anhänger der Resolution gewählt.

Zum Parteizwist in Teltow-Beeskow.

Genosse Paul Hirsch, der lange Jahre Vorsitzender der Kreisorganisation in Teltow-Beeskow-Charlottenburg gewesen ist, macht zur Beilegung des Konflikts im Kreise folgenden Vorschlag:

„Nur einen Ausweg aus diesem Dilemma kenne ich. Die Leitungen beider Organisationen sollen sich dahin verständigen, daß sie die Untersuchung der Angelegenheit einem Schiedsgericht übertragen, nicht einem Schiedsgericht, wie es § 27 des Organisationsstatuts vorsieht, sondern einem auf freier Vereinbarung beruhenden, in das jede Organisation die gleiche Anzahl von Personen entsendet, die unter sich einen Unparteiischen hinzuwählen. Seinen Zweck könnte ein solches Schiedsgericht allerdings nur unter zwei Voraussetzungen erfüllen: einmal dürften die Schiedsrichter nicht aus den Reihen der Groß-Berliner Parteigenossen entnommen werden, die ganz naturgemäß alle mehr oder minder Partei in der Sache sind, sondern aus den Reihen erfahrener Genossen außerhalb Groß-Berlins, und zweitens müßten die Leitungen beider Organisationen sich im voraus verpflichten, die einzigen Vorschläge des Schiedsgerichts ihren sofort einzuberufenden Generalversammlungen zur Annahme zu empfehlen.

Könnten sich die Zentralvorstände entschließen, diesen Weg zu beschreiten, dann bestände die Möglichkeit, noch in letzter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191608 22-11/fragment/page=0002

Stunde die Gefahr abzuwenden, dann könnten in der vereinigten Organisation die sachlichen Gegensätze in ruhiger und dem Parteiinteresse Rechnung tragender Weise erörtert und gemeinsam für die Sache der Arbeiterklasse gearbeitet werden."

Ein angeblicher Aufruf des Parteivorstandes.

Das sozialdemokratische Pressebureau teilt mit: In der bürgerlichen Presse wird ein angeblicher Aufruf des Parteivorstandes widergegeben, der zusammen mit der Friedenspetition des Parteivorstandes herausgegeben worden sein soll. Der Vorwärts übernimmt diesen Aufruf in seiner Nummer vom 20. August aus der Berliner Volkszeitung.

Der betreffende Aufruf ist nicht vom Parteivorstand herausgegeben, sondern er wurde von der Redaktion der Frankfurter Volkstimme am 17. August veröffentlicht. Der Parteivorstand hat nur den am 11. August im Vorwärts veröffentlichten Aufruf über die Kriegs- und Friedensziele der Sozialdemokratie und über die Friedenspetition herausgegeben.

*

Verbot der Unterschriften-Sammlung. Das stellvertretende Generalkommando des 14. Korps in Karlsruhe hat die Sammlung der Unterschriften für die sozialdemokratische Friedenspetition verboten und die vorhandenen Exemplare der Sammlung beschlagnahmen lassen.

Verfolgung der sozialistischen Presse in Australien. Ein Teil der Auflage des Organs der sozialistischen Partei Australiens Der Sozialist ist durch Beamte des Verteidigungsdepartements beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme erfolgte, weil das Blatt Artikel gegen die Rekrutierung enthielt, deren Veröffentlichung von der Zensur in Melbourne untersagt war.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. August 1916.

Stadtverordnetenversammlung.

Da den städtischen Arbeitern in der letzten Sitzung vom Oberbürgermeister eine Ferienregelung abgelehnt wurde, lag jetzt eine neue Eingabe vor. Es wird darin darauf verwiesen, daß doch die Beamten alle ihre Ferien nehmen und man deswegen auch den Arbeitern einen freundlicheren Bescheid geben könnte. Die Eingabe wurde dem Sozialen Ausschuß überwiesen. Die teilweise sehr interessante Beratung der umfangreichen Tagesordnung brachte zunächst die debattelose Erledigung einiger Vorlagen.

In dem Fluchtlinienplan der Artilleriestraße sind in der üblichen Weise die Stellen für die einmündenden gedachten Straßen freigelassen worden. In Rücksicht auf Bauabsichten wurde die Fluchtlinie für die projektierte, gegenüber der Roßbachstraße in die Artilleriestraße einmündende Straße in der Tiefe der von ihr durchschnittenen Müller- und Schöneschen Grundstücke festgesetzt.

Die Dessauer Straße ist jenseits der Halle-Halberstädter Eisenbahn bis zum Eingang zum Gertraudenfriedhof mit Gas beleuchtet. Die Errichtung der neuen öffentlichen Anlage am Postborn macht eine Beleuchtung der Dessauer Straße bis dorthin nötig. Es muß auf elektrische Beleuchtung Bedacht genommen werden; eine endgültige elektrische Beleuchtung ist aber in jetziger Zeit kaum zu beschaffen, ausreichend ist vorläufig eine provisorische elektrische Beleuchtung. Für diese wurde nach dem vorgelegten Kostenanschlag des Elektrizitätswerkes 2900 Mk. bewilligt. Für die Dessauer Straße zwischen dem Gertrauden-Friedhof und der im Bau befindlichen öffentlichen Anlage am Postborn wird gleich nach der Ernte auf der Friedhofsseite das fluchtlinienplanmäßig zur Straße entfallende Gelände zur Verfügung gestellt, so daß an dieser Seite eine Promenade geschaffen werden kann, ähnlich wie auf dem Landrain am Gertraudenfriedhof entlang. Der nötige Boden wird bei der Kanalisation gewonnen, für die Bepflanzung stehen laufende Mittel zur Verfügung. Bewilligt wurden Geldmittel für die Befestigung dieser Promenade gemäß vorgelegtem Kostenanschlage von Höhe von 18 500 Mark Die Arbeiten gehören zu denjenigen des endgültigen Ausbaues der Straße, die Kosten kommen später von den Anliegern zur Erstatung.

Der Schulneubau an der Schlosserstraße geht seiner Vollendung entgegen. Wenn auch die Kinder meist von der Schlosserstraße über den Schulhof nach der Eingangstür gehen werden, so ist es doch nötig, die Roßbachstraße mindestens soweit auszubauen, daß durch diese die Kohlenanfuhr erfolgen kann. Das Gelände der Straße ist bis zur Straßenmitte in städtischem Besitz. Es wird deshalb in Vorschlag gebracht, einen Streifen Chaussierung anzulegen; diese kann später als Unterlage für das herzustellende Schlackensteinpflaster dienen. Für den Bürgersteig genügt einstweilen Beliefung. Als Kosten sind 3500 Mk. bewilligt.

Für Unterhaltung der Schrebergärtenanlagen an der Dessauer Straße und am Galgenberg stehen nur 500 Mk. zur Verfügung. Dieser Betrag ist durch besondere unvorhergesehene Ausgaben (Ausbesserung der sehr schadhaften Einfriedigung und Erdarbeiten infolge des Unwetters am 27. Mai dieses Jahres) bereits um 170,24 Mk. überschritten worden. Man beschloß weitere 500 Mk. zu bewilligen.

Der Stadtgemeinde Halle ist auf Grund des Testaments des am 24. Januar 1916 verstorbenen Landrichters Dr. Kopf eine Erbschaft in Höhe von etwa 44 000 bis 46 000 Mk. zugefallen, die unter Erfüllung einiger Bedingungen Annahme findet. Die Zinsen des Kapitalvermögens sollen zunächst zur Linderung von Kriegsschäden, insbesondere zu Unterstützungen durch den Krieg geschädigter Personen — vorbehaltlich späterer Regelung im einzelnen —, verwendet werden.

In Uebereinstimmung mit der Straßenreinigungsdeputation hat der Magistrat die Neubeschaffung von zwei großen Sprengwagen zu je 3000 Liter Inhalt zum Preise von 1350 Mk. für einen Wagen, zusammen 2700 Mk., beschlossen. Zur Deckung der Kosten sollen die aus dem Verkaufe von fünf alten Sprengwagen erlösten 2250 Mk. verwendet und der Rest von 450 Mk. aus Kapitel XIV B 25 genommen werden.

Der Magistrat legt den Abschluß des Elektrizitätswerkes für das Rechnungsjahr 1915 mit dem Antrage vor: **616 565,30 Mk. festgestellten Reingewinn als Ueberschuß an die Stadthauptkasse** abzuführen und 17 674,33 Mk. verfügbar gebliebene Abschreibungen zur außerordentlichen Schuldentilgung zu verwenden, sowie 8906,17 Mk. eingetretene Etatsüberschreitungen, die aus den Einnahmen des Rechnungsjahres bereits gedeckt sind, nachzubewilligen. Die Vorlage wurde angenommen.

Wieder 3 Millionen für den Kriegsfonds.

Die zur Bestreitung der Kriegsausgaben bisher bewilligten Mittel sind erschöpft. Der Magistrat beantragt daher, ihm für diesen Zweck weitere 3 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und ihn zu ermächtigen, den sowieligen Bedarf durch Aufnahme schwebender Schulden zu beschaffen.

Nach einer Aufstellung bezifffert sich die Ist-Ausgabe nach Abzug schon erstatteter und zurückvereinnahmter Beträge bis Ende Juni d. J. auf 13 673 468,60 Mk. Davon haben jedoch als nicht endgültig verausgabt zu gelten: a) der Verkaufswert der Nahrungsmittelvorräte und inzwischen eingegangene Außenstände für Gefrerfleisch 815 628 Mk., b) diejenigen verzinslichen Auslagen, für welche tatsächliche Rückzahlung erfolgen soll, 104 340 Mk., c) derjenige Teil der gemeindlichen Zuschüsse zu den reichsgesetzlichen Familien-Unterstützungen, dessen Erstattung aus Reichs- und Staatsmitteln zu erwarten ist: 595 000 Mk. Es bleibt daher eine Ausgabe von 12 129 100,60 Mk. einschließlich der für Rechnung des Reiches gezahlten 6 064 132,24 Mk. Familien-Unterstützungen.

Da bisher insgesamt 12 000 000 Mk. bewilligt worden sind, macht sich die Bereitstellung weiterer Mittel erforderlich, so daß dann 15 Millionen bewilligt sind.

Die Ausgaben setzen sich bisher wie folgt zusammen:

Fürsorge für die Familien der zum Heere eingezogenen Mitbürger für Rechnung des Reiches 6 064 132,24 Mk. und für Rechnung der Stadt 3 929 475,34 Mk.; Fortzahlung eines Teiles der Gehälter und Löhne an die Familien der im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter der städtischen Verwaltung 411 961,01 Mk.; zur Erhöhung der Armenunterstützungen 255 048,65 Mk.; Ausstattung und Unterhaltung von Krankenhäusern für Zivilpersonen und von Lazaretten für Militärpersonen 82 409,34 Mk.; zur Beschaffung von Lebensmitteln für die Bevölkerung 1 042 546,02 Mk.; Kosten für Ausländer 13 506,49 Mk.; Kosten für Beaufsichtigung und Sperrung von Brücken 3262,80 Mk.; Quartier- und Verpflegungsgelder 255 584,27 Mk.; Kosten der Stellvertretungen in der Verwaltung 617 466,60 Mark; Arbeitslosen-Unterstützungen 124 736,92 Mk.; Liebesgaben für Soldaten 16 337,86 Mk.; Verschiedenes 497 688,39 Mk. und Teuerungszulagen 218 804,67 Mk., zusammen 13 673 468,60 Mk.

Unter Bezugnahme auf eine andere Vorlage der Tagesordnung meinte

Stadtv. Genosse Emmer, daß die zur Verteilung stehenden

Sparkassenüberschüsse zur Linderung der Kriegsnot

zu verwenden seien. Die in zwei Jahren eine halbe Million betragenden Ueberschüsse könnten sehr gut zur Deckung der Kriegsunkosten verbraucht werden. Wohl finden wir es bedauerlich, daß die aus den Sparkassenüberschüssen vom Magistrat vorgesehenen Arbeiten zurückstehen müssen, obwohl sie für die Stadt sehr von Vorteil sein könnten. Aber hier gilt es wichtigere Dinge, da die finanzielle Lage der Stadt für die Zukunft auf dem Spiele steht. Deshalb müssen wir uns die Ausgabe der Sparkassenüberschüsse sehr wohl überlegen. Er werde deshalb nachher einen Antrag dazu stellen.

Nachdem noch Stadtv. Manschewitz allgemein zur Sparsamkeit angeraten hatte, wobei er forsch von altpreußischer Sparsamkeit sprach, stellte Stadtv. Genosse Emmer an den Magistrat die Anfrage, ob es wahr ist, daß die Stadt bei den Frühkartoffeln in den ersten Wochen 30 000 Mk. wöchentlich zugesetzt hat.

Bürgermeister Seydel bemerkte, daß Verluste allerdings eingetreten seien, doch lasse sich ihre Höhe noch nicht angeben. Außerdem werde ein Teil davon vom Reich zurückerstattet werden.

Oberbürgermeister Rive fügte hinzu, daß alle Städte, wie im Vorjahre, bei den Kartoffeln draufgelegen müssten. Auf dem Wege des Staatssozialismus lasse sich die Kartoffelversorgung eben nicht regeln. Da werde stets einmal entsetzlicher Ueberfluß und ein andermal Mangel eintreten. Der regulierende selbständige Handel sei ja ausgeschaltet. Auch bei der Butterverteilung treffe der Stadt keinerlei Schuld, andere Städte hätten pro Kopf noch weniger, nämlich nur 20 oder 19 Gramm und manchmal auch gar nichts. Bei den Kriegsnotstandsausgaben Ersparnisse machen zu sollen, sei eine unsinnige Forderung. Die Aufwendungen für die verschiedenerlei Unterstützungen, Zuschüsse und Lebensmittelbeschaffungen sind nicht anders zu regeln und größtenteils ja auch gesetzlich festgelegt. Demgegenüber sei notwendig, zu sagen, daß Ersparnisse an Worten angebracht sind.

Die Millionenvorlage wurde dann einstimmig angenommen!

Es folgte die Vorlage über

die Verwendung der Sparkassenüberschüsse.

Die Vorschläge des Magistrats über die Verwendung von 296 000 Mk. zu künstlerischen und gemeinnützigen Zwecken veröffentlichten wir Sonnabend bereits.

Stadtv. Blumentritt bemängelte, daß die Sparkasse jetzt soviel Wertpapiere habe und nicht lieber Hypotheken ausgab, die weniger Verluste brächten. Jetzt sei die Gewinnerzielung eine sehr zweifelhafte. Daneben sei die Finanzlage der Stadt sehr bedenklich, da wir jetzt schon die 15. Million Kriegsausgaben bewilligt haben. Die Sparkassenüberschüsse, die wir noch haben, sollten wir zur Deckung der Zinsenlast dieser Millionen verwenden. Redner sprach dann insbesondere gegen die Rathaus-Erneuerungsbauten, die Aenderung der Anlagen auf dem Klausberge, der Peißnitz und im Bürgerpark, dem Spielplatz an der Schlosserstraße, die Ausgaben für die Kunstsammlungen und die hohe Zuwendung an den Frauendienst. Daran ließe sich überall noch sehr sparen.

Stadtv. Genosse Osterburg schloß sich der Ausführung im Wesentlichen an, da man in dieser kritischen Zeit wirklich nur das Dringlichste verausgaben dürfe. Außer den schon bemängelten Posten sei er auch gegen die Zuwendungen an die Universität. Die angesetzte Summe sollte dann lieber dazu benutzt werden, einen Fonds für den Bau eines eigenen städtischen Krankenhauses anzusammeln. Wir haben oft genug Differenzen mit der Universität gehabt und sind nicht immer nobel behandelt worden. Auch um unsere Einwohner als Kranke so zu behandeln, wie es rechtlich sein muß, brauchen wir ein eigenes Krankenhaus. — Außerdem sei als Wohlfahrtseinrichtung schon längst ein Flußbad im Norden der Stadt nötig, für das jetzt leicht einige tausend Mark bereitgestellt werden könnten. Dringlich sei diese Sache schon seit Jahren. Er begreife nicht, warum dieser Plan nicht endlich ausgeführt werde.

Stadtv. Balle wünschte, daß auch Mittel zum Wohnungsbau für kinderreiche Familien bereitgestellt worden wären.

Stadtv. Prof. Finger hielt jedoch die Vorlage für ausgezeichnet; sie habe einen wirklichen großen Zug. Man müsse eben gerade in der Zeit des Krieges, der materiellen Vernichtung, für die Hebung geistiger künstlerischer Werte besorgt sein. Redner forderte Begeisterung für solche großzügige Vorlagen und wandte sich deshalb gegen jede Kritik.

Oberbürgermeister Rive verteidigte die Vorlage in ihrem ganzen Zusammenhang. Es gebe einige Punkte in der Vorlage, die unbedingter Erfüllung harren, andere sind so allgemein als gut anerkannt, daß für Aenderungen wenig übrig bleibt. Ausführlich behrach der Redner die Aenderungen im alten Rathause, die die alte Pracht dieses ehrwürdigen Gebäudes wieder in Erscheinung treten lassen würden. **Später werde man dazu nie wieder Geld übrig haben.** Außerdem solle in dem neuherzurichtenden Bürgersaal die Möglichkeit geschaffen werden, die Namen der in diesem Kriege gefallenen städtischen Angestellten und Mitarbeiter aller Gruppen der Verwaltung einzutragen. Das Geld, das für die Kunstsammlung angesetzt ist, soll dazu benutzt werden, Kunstwerke, die das Provinzialmuseum in seinem Neubau, der nur der Vorzeit gilt, nicht hinübernehmen darf, für die Stadt anzukaufen. — Das Geld für den Nationalen Frauendienst sei ebenso dringend nötig. Diese Stelle habe bisher 270 000 Mk. freiwillig gesammelt und davon habe sie 700 Personen täglich gespeist und nach und nach Tausende gekleidet. Das Geld wird dort alle. Private Mittel fließen weniger reichlich, deshalb müsse die Stadt eingreifen, sonst müsse sie eben schließlich die ganze Sorgenlast selbst übernehmen. Die für die Universität eingesetzten Summen seien nicht nur eine Dankesschuld, sondern auch eine praktische Notwendigkeit, da der Ausbau drängt.

Stadtv. Herzfeld meint, daß die errechneten Ueberschüsse tatsächlich nicht zu den Ausgaben reichten, es müsse versucht werden, mindestens noch 100 000 Mk. zurückzuhalten. Das Geld jetzt auszugeben, nur weil man voraussichtlich später keins mehr für solche Zwecke haben werde, also noch mal gut leben und später hungern, das könne er nicht für richtig halten. **Auch der ideale Gedanke könne eben für die** jetzige Zeit nicht mit solchen Mitteln gefördert werden. Den Gedanken, die Namen der Gefallenen im Bürgersaal der Reihe nach aufzuführen, halte er künstlerisch für sehr verfehlt. Redner bat dann nach längeren Ausführungen um Rückgabe der Vorlage an den Ausschuß.

Stadtv. Genosse Emmer betonte ebenfalls, daß es berechtigt wäre, die Vorlage zurückzugeben, da alle Redner die Sache noch nicht für spruchreif halten. Der Antrag Blumentritt auf Zurückverweisung müsse also angenommen werden. Eigentlich wollte er (Redner) beantragen,

die 300 000 Mark zu verwenden, um die Mindereinnahme der Stadt beim Lebensmittelverkauf zu decken.

Dieser durchschlagende Gedanke müsse im Ausschuß nochmals erwogen werden. Denn solange der furchtbare Krieg tobt, wissen wir nicht, was uns noch alles bevorsteht. Und da ist uns die Befriedigung des Hunger wichtiger, als die Erfüllung der Kunstinteressen. Außerdem gebe es noch manche andere Dinge, die dringlicher sind, als das, was die Vorlage wünscht. Die Wiethilfe für kinderreiche Familien ist wichtig und auch das Freibad im Norden ist längst nötig. All die Gründe veranlassen dazu, die Rückgabe an den Ausschuß zu beschließen.

Stadtv. Hoe sprach demgegenüber wieder im Sinne des großen Zuges des Prof. Finger. Der Vorschlag Emmers, das Geld für Lebensmittel zu verwenden, sei sicher auch großzügig, aber rechtlich nicht durchführbar. (Widerspruch bei den Soz.) Redner sprach gegen das Hinausschieben der Vorlage und für ihre sofortige Annahme.

Die Stadtvv. Kühme, Hoffmann und Steckner sprachen dann im gleichen Sinne für die Vorlage, die nun in ihrem ganzen Umfange gegen nur 8 Stimmen angenommen wurde!

Leider lag wieder eine Vorlage vor, daß auch im zweiten Kriegsjahre

die Straßenbahn erhebliche Zuschüsse erfordert.

9000 Mk. waren schon vorgesehen und außerdem waren für die Stadtbahn für Verkehrsentziehung infolge des Betriebes der Linie C bekanntlich der Betrag von 29 675,57 Mk. bewilligt worden. Die nunmehr abgeschlossene Rechnung ergibt aber einen Fehlbetrag von 64 884,32 Mk., so daß außer den bereits bewilligten Beträgen zur Balancierung ein weiterer Zuschuß von 26 209,75 Mk. erforderlich ist. Der hohe Fehlbetrag ist darauf zurückzuführen, daß der Voranschlag für 1915 unter der Voraussetzung aufgestellt wurde, daß der Krieg im Etatsjahre 1915 beendet sein würde. Die Folge davon, daß diese Annahme nicht eintraf, ist allein bei den Fahrgeldereinnahmen eine Mindereinnahme von 60 677,05 Mk. Die bei den einzelnen Ausgabetiteln erzielten Ersparnisse haben die Mindereinnahmen wohl zum größten Teil, jedoch nicht ganz auszugleichen vermocht. Der Magistrat hat beschlossen, den für das Rechnungsjahr 1915 noch erforderlichen Betrag von 26 208,75 Mark aus dem Hauptetat 1915 nachzubewilligen. Es stehen dort noch 109 113,79 Mk. zur Verfügung. Die Stadtverordnetenversammlung gab ihre Zustimmung, doch wünschte Stadtv. Ritter, daß man zur Hebung der Einnahme den Angestellten Provision gewähren solle, da dann durch die Leute eine lebhaftere Tätigkeit für die Hebung und Förderung des Betriebes entfaltet werden würde.

Der Magistrat beantragt weiter, seinem Beschlusse vom 11. Juli 1916 über den Beitritt zur Landesfuttermittelgesellschaft und der Uebernahme eines Stammkapitals von 40 000 Mk. nachträglich zuzustimmen. Da die Gründungsversammlung bereits am 12. Juli stattfinden sollte und bis dahin die Zustimmungserklärung abgegeben sein mußte, konnte die Zustimmung der Versammlung vor Abgabe der Erklärung nicht nachgesucht werden. Die Vorlage wurde genehmigt. Ebenso wurde debattelos beschlossen, daß der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung wieder wie im vergangenen Jahre 200 Mk. aus dem Kriegsfonds gewährt werden.

Zur Beratung stand nun ein von Balle und Genossen eingereichter Antrag wegen

der mangelhaften Lebensmittelversorgung.

Der Antrag lautet: Es ist festgestellt worden, daß die Stadt Halle in der Fleisch-, Butter- und Mehlversorgung zu schlecht bedacht ist und die Bevölkerung dadurch empfindlichen Schaden erleidet. Die Unterzeichneten stellen deshalb folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß

1. die Fleischversorgung verbessert wird. Die Wochenmenge hat in vielen anderen Großstädten — in der Provinz Sachsen z. B. in Magdeburg und Erfurt — 240 bis 300 Gramm betragen, in Halle 200 Gramm,
2. die Buttermenge dem Durchschnitt im Reiche sich nähert und
3. mit sofortiger Wirkung jeder Person monatlich eine besondere Brotmarke zugewiesen wird, die zur Entnahme von Mehl berechtigt, wie dies in anderen Städten, z. B. auch in Magdeburg, seit längerer Zeit geschieht.

Stadtv. Balle begründete in ausführlicher Rede den Antrag, wobei er einleitend betonte, daß er keine Vorwürfe gegen die Tätigkeit des Magistrats richten wolle, da die Schuld an anderen Stellen liege. Es sei auch schon an diese Stellen wegen der knappen Fleischzuteilung eine ausführlich begründete Beschwerde eingereicht, die aber kurzerhand zurückgewiesen wurde. Das sei unpäßlich. Tatsächlich gebe es in anderen Städten mehr Fleisch. Die Merseburger Regierung müsse mit helfen, daß ihr Bezirk endlich besser versorgt werde. Auch bei der Butter sei es ähnlich. Die knappe Zuteilung sei bei der Neuregelung noch ungünstiger für Halle geworden. Es habe sich feststellen lassen, daß hier ein Fehler in der Organisation vorliege, der unbedingt Aenderung erfordert. — Auch die Zuteilung der Mehlmarke sei unerläßlich, namentlich für Familien mit großen Kindern. Da bleibe nichts für den Mehleinkauf übrig. Die gute Ernte lasse zu, die Reserven anzugreifen. Es müsse den Zentralstellen zu Gemüte geführt werden, daß sie

in den Großstädten durch ungleiche Zuteilung Mißstimmung

schaffen. Die Stadtverordnetenversammlung müsse jetzt den Eingaben der Stadt gehörig Nachdruck verschaffen. Deswegen bitte er um einmütige Annahme des Antrages.

Bürgermeister Seydel begrüßt die Anträge als eine Meinungsäußerung der Bürgerschaft. Er führte aus: Die Klagen sind berechtigt. **Wir sind in Halle schlecht versorgt!** Wir haben aber alles getan, um Besserung zu schaffen. Leider sind alle unsere Bemühungen an dem kühlen Nein der Zentralstelle trotz unserer schlagenden Beweise und überzeugendsten Materials gescheitert. Die größere Zahl der deutschen Städte war von vornherein bessergestellt; das muß verbittern. Denn jeder soll doch im deutschen Vaterlande gleich behandelt werden. Leider ist das Ziel der zentralen Organisation, die gleichmäßige gerechte Verteilung, noch in keinem Punkte erreicht. Auch hinsichtlich der Fleischfrage dürfen wir nicht ruhig sein; wir müssen von neuem Einspruch erheben, allerdings die gegenwärtige Zeit ist für unsere Wünsche nicht günstig; es gibt zwar viel junges Vieh, aber wenig schlachtreifes. Mehr Fleisch werden wir darum in nächster Zeit nicht bekommen, **wahrscheinlich weniger. Vielleicht müssen wir auch auf 150 Gramm zurückgehen.** Das Bestreben geht ja dahin, zur Aufzucht von Vieh und zur Mästung anzureizen, und das bringt uns dann hoffentlich in späteren Wochen eine Besserung der Fleischversorgung. Hinsichtlich der Butter ist zu bedenken, daß wir in die neue Aera noch nicht eingetreten sind. In der alten Aera ging's uns ja sehr schlecht. Unsere

Thüringer Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Merseburg, Kleine Rittergasse 1 :: Bitterfeld, Halleschestrasse 17, Eilenburg, Leipzigerstrasse 25 :: Torgau, Bäckerstrasse 16. [367

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191608 22-11/fragment/page=0003

ganze Provinz war falsch eingeschätzt worden, und das brachte für uns eine ganz mangelhafte Versorgung. Nun steht die Einrichtung der großen Reichsfettstelle der Provinz und der Bezirksfettstellen bevor; ob allerdings die Schönheit der Organisation auch in jeder Beziehung eine Schönheit der Versorgung bringt, kann fraglich sein. Das vorläufige Ziel ist: 90 Gramm Fett pro Woche, und zwar Butter und Margarine zusammen, denn Schmalz kommt ja kaum noch in Betracht. Diese neue Regelung sollte bereits am 12. August in Kraft treten, aber das ließ sich nicht durchführen, man mußte ein Provisorium schaffen. Am 10. September soll die neue Organisation in Kraft treten. Auf dem Papier haben wir hier in Halle noch eine Menge Butter stehen, aber sie wird nicht rechtzeitig angeliefert, es fehlen uns noch viele Fässer, die uns für die letzten Wochen zustanden. Nach dem 10. September wird es sich dann entscheiden, ob wir weiter Anlaß haben, Kritik zu üben oder ob wir mal ausnahmsweise gut und gerecht versorgt werden.

Stadtrat Wurm fügte hinzu: In dem Wunsche nach einer Mehlmarke stehen wir durchaus auf dem Standpunkte der Antragsteller. Der Wunsch ist berechtigt, aber wir können ihn zurzeit noch nicht erfüllen, denn die Reichsgetreidestelle gibt nicht mehr heraus, als 200 Gramm pro Tag und Kopf. Wir verstärken sofort die Rationen, sobald wir können. Es ist zu hoffen, daß wir von Stadt wegen zu einer Besserung kommen, indem wir für das neue Wirtschaftsjahr in der Brot- und Mehlversorgung ein Selbstverwaltungsbezirk werden. Wird unser Antrag genehmigt, was wir erwarten, dann gibt es erhöhte Rationen.

Stadtv. Genosse Osterburg brachte bei der Gelegenheit einige

Beschwerden über die Kriegsküche

vor. Vor allem sei das Essen zu teuer. Anderenorts koste es nur 20, hier aber 40 Pf. Für diesen Preis pro Kopf könnten größere Familien billiger kochen. Sie haben nicht das Geld, so viel anzulegen. Es komme hinzu, daß zuweilen das Essen nicht gut war. Wenn es billig ist, läßt man das wohl mal hingehen, aber bei hohen Preisen verlangt man stets Gutes. Auch das Maß ist nicht immer voll gegeben, das dürfe auch nicht vorkommen, wenn man volle Zahlung verlangt. Ein schwerer Mißstand ist, daß das Geld für das Essen auf eine Woche im voraus bezahlt werden muß. Das sei eine schwere Behinderung für die ärmere Bevölkerung. Auch sei notwendig, den Kreis der Zugelassenen nicht so eng zu fassen, sonst habe die Kriegsküche nicht den erwarteten Nutzen. — Genosse Osterburg forderte dann noch eine **Vereinfachung des Marken- und Kartenwesens** für den Lebensmittelverkauf. Acht verschiedene Karten müsse man hier bei Einkäufen mitschleppen, förmliche Mappen seien dazu nötig. Zu empfehlen sei das System, das in Hamburg gelte. Dort habe man für alle Waren nur eine Karte und brauche nur vierteljährlich einmal zum Umtausch zur Behörde zu gehen. Eine ähnliche Regelung sei vielleicht auch hier möglich.

Stadtrat Kinne erwiderte darauf, daß Hamburg bei dem Essen der Kriegsküchen an jeder Portion 16 bis 20 Pf. zusetze; das seien monatlich 600 000 Mk. Das könne Halle nicht leisten. Wir müßten die Selbstkosten decken. Und leider kaufe die Stadt nicht billiger ein, wie jeder andere, da ja für alles Höchstpreise beständen. Die zu knappe Zuteilung, die vorgekommen ist, wurde bereits gerügt und sei abgestellt. Die Vorausbezahlung sei nötig, um einen Vorausblick auf den Bedarf zu haben und um die Abgabe der Fleisch- und Kartoffelmarken richtig zu regeln. Aus denselben Gründen könne man die vorherige Anmeldung nicht fallen lassen. Sonst bliebe schließlich mal so viel übrig, daß es nicht mehr verwertet werden könne.

Stadtv. Genosse Gröbel betonte, daß die Forderung des Antrages Balke und Genossen doch sehr gering sei. Zum mindestens müßte auch noch der

gegen die Preise für Kartoffeln,

die wahre Wucherpreise seien, energisch Protest erhoben werden. Da es andere Lebensmittel nicht gibt, müsse man sich wenigstens an Kartoffeln sattessen können. Bei den jetzigen Preisen sei das aber nicht möglich. Schärfstes Auftreten der Stadt sei in diesen Fällen unbedingt erforderlich.

Der Antrag Balke wurde nunmehr einstimmig angenommen! Und wir dürfen nun wohl erwarten, daß der Magistrat mit dem ganzen Gewicht dieser Meinungskundgebung der Stadtvertretung erneut mit allem Nachdruck bei den Reichs- und Provinzstellen für eine bessere Versorgung Halles wirksam vorstellig wird.

---

* **Preistreiberei auch für Fallobst.** Sogar die Falläpfel sind in diesem Jahre stark im Preise gestiegen, was man eigentlich nicht für möglich halten sollte, da man doch wirklich nicht behaupten kann, daß für sie besondere Aufwendungen zu machen sind — man braucht doch keine Hilfe zum Pflücken! Während sie im Vorjahr noch 5 Pf. das Pfund kosteten, werden jetzt 15 Pf. dafür verlangt — die Maden und Faulflecke kriegt man zu! Es ist eben Krieg und damit die beste Gelegenheit, daß jeder was verdient. Daß solch leichter Verdienst auch zum Kriegswucher gehört, machen sich die wenigsten Leute klar. In Köthen wurde eine Frau zur Bestrafung angezeigt, die für 2 Pfd. Fallobst auf dem dortigen Wochenmarkte gar 35 Pf. verlangte. — Hier in Halle helfen sich manche mit der Ausrede, sie hätten Musäpfel zu verkaufen, kein Fallobst und dann werden noch höhere Preise gefordert. Soviel „Musäpfel", wie in diesem Jahre, sind noch nie zum Verkauf ausgelegt worden.

Uebrigens ist die Frage aufgetaucht, ob man das Fallobst am Wegesrande auflesen und nützen dürfe. Diese Frage ist zu verneinen. Dieser Tage ging eine offenbar amtliche Mitteilung durch die Provinzpresse, in der es hieß, daß das Auflesen von Obst als Diebstahl bestraft wird. Zertreten darf es der Fußgänger, denn es liegt vor seinen Füßen, beileibe aber nicht aufheben! Der Pächter der Obstnutzung hat allein das Recht, das abgefallene Obst aufzusammeln und uns dann zu hohen Preisen aufzuhängen.

* **Festsetzung des Fleischverbrauchs.** In Ausführung des § 2 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 18. Juli 1916 wird die Wochenmenge für die Zeit vom 22. bis 28. August einschl. wieder auf 200 Gramm festgesetzt. Es entfallen somit auf einen großen Abschnitt 50 Gramm, auf einen kleinen Abschnitt 25 Gramm.

* **Margarineverkauf.** Am Mittwoch, den 23. August 1916, wird auf dem städtischen Markte in der Talamtschule und auf dem Schlachthofe Margarine verkauft, und zwar vormittags von 8 bis 12 Uhr auf die Nummern 40 001 bis 45 000, nachmittags von 2 bis 6 Uhr auf die Nummern 45 001 bis 50 000 der neuen Lebensmittelscheine. Auf den Kopf eines Haushalts entfällt 1/4 Pfund. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Der Preis beträgt für das Pfund 2.— Mark.

* **Verkauf lebender Enten.** Auf dem Schlachthofe werden morgen, Mittwoch, den 23. August, 1200 lebende Enten im Gewichte von etwa je 3½ Pfund zum Preise von 7.80 Mk. für das Stück verkauft. Der Lebensmittelschein ist beim Ankaufe vorzulegen. Die Enten sind zur Weiterfütterung geeignet.

* **Ueber Cozet-Tabletten** schreibt uns der Magistrat: Cozet ist ein chemisches Konservierungsmittel zum Einmachen und soll mit einer Tablette ein Kilo Fruchtsaft konservieren. Cozet ersetzt nicht etwa Zucker, sondern ist lediglich Konservierungsmittel. „Die Zuckerknappheit macht den Hausfrauen die größten Sorgen. Sie haben gelernt, mit Hilfe von Zucker einzumachen und stehen heute vor der Frage, wie sie ihre Obstvorräte ohne Zucker haltbar machen sollen. Wenn auch der Weck-Apparat ein gutes Hilfsmittel bildet, so kommt er doch für sehr viele Haushaltungen nicht in Frage, da die Gläser teuer sind, und außerdem die an sich schon übermäßig in Anspruch genommene Hausfrau kaum Zeit findet, sich die immer spärlicher werdenden Gummiringe, die zur Abdichtung der Gläser nicht zu entbehren sind, in ausreichender Menge zu beschaffen. In dieser Not kommen zur rechten Zeit von ministerieller Seite Ratschläge, die in dem kleinen Büchlein: Anleitung zur Erhaltung der diesjährigen Obsternte vom Kriegsausschuß für Volksernährung herausgegeben sind. In dieser Schrift wird auf zwei unschädliche chemische Konservierungsmittel hingewiesen, deren erprobte Wirkung die Hausfrau vor Verlusten schützt. Empfohlen werden Ameisensäure und benzoesaures Natron. Die Erfahrung wird bald zeigen, daß nur letzteres für den Haushalt in Frage kommt. So gut die Ameisensäure auch konserviert, so groß ist doch ihr Nachteil, daß sie nämlich den mit ihr behandelten Fruchtsäften und Früchten die Gelierfähigkeit nimmt. Es kann also aus einem Fruchtsaft, der mit ihr behandelt ist, kein Gelee gekocht werden, und das Eindecken von Fruchtmus zu Marmelade wird naturgemäß erschwert, wenn die Früchte nicht mehr gelieren wollen. Benzoesaures Natron dagegen hat diesen Nachteil nicht und läßt der Hausfrau die Möglichkeit, die Früchte nach Gutdünken zu verwerten, sobald wieder Zucker zur Verfügung steht. In handlicher Tablettenform wird benzoesaures Natron unter dem Namen Cozet-Tabletten zum Einmachen ohne Zucker in den Handel gebracht. Eine Tablette enthält genau die Menge benzoesaures Natron, die zur Konservierung von zwei Pfund Früchten oder Fruchtmus nötig ist. Nähere Auskünfte über den Bezug und Preis werden Schmeerstraße 1, Zimmer 18, erteilt.

* **Sozialdemokratischer Verein.** Die nachbestellten Becher vom diesjährigen Kinderfest sind jetzt eingetroffen. Die Beteiligten können gegen Abgabe der roten Eintrittskarten die Becher im Parteisekretariat, Harz 42-44, II, in den nächsten Tagen in der Zeit von 9 bis 1 Uhr und 4 bis 8 Uhr abholen.

* **Der große Bunte Abend** wird heute abend im untern Saale stattfinden. Es wirken nur erste Kräfte mit; denn bekanntlich haben die Ausführung des umfangreichen Programms die uns durch ihr früheres Wirken am hiesigen Stadttheater bekannten Künstler Fräulein Blanda Hoffmann, Fräulein Emilie Eckardt, Fräulein Käthe Kleinlein, Herr Karl Kruthoffer und Herr Rudolph, jetzt am Magdeburger Stadttheater, übernommen. Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

* **Stadttheater.** Entgegen der irrtümlich verbreiteten Meinung teilt die Leitung des Stadttheaters mit, daß die Ausgabe der Stammkarten noch nicht abgeschlossen ist, vielmehr die Tageskasse noch die ganze Woche von 10—1 und 4—6 Uhr zur Entgegennahme von Stammkartenbestellungen geöffnet bleibt. — Die Leitung des Stadttheaters hat die beiden neuen Opern von Wolfgang Korngold Violanta und Der Ring des Polykrates zur Aufführung in Halle erworben und wird beide Neuheiten im Laufe der ersten Hälfte der Spielzeit bringen. Die neuen Korngoldschen Opern, welche die Uraufführung an der Wiener Hofoper erlebten, sind für diese Spielzeit auch für die Hofoper in Berlin erworben worden. Des gleichen Komponisten Ballettpantomime Der Schneemann, welche in Halle in vergangener Spielzeit zur Aufführung kam, wurde von Herrn Direktor Hartmann, welcher der hiesigen Erstaufführung beiwohnte, für die kommende Spielzeit für das Charlottenburger Opernhaus erworben.

* **Walhallatheater.** Heute gelangt Der dumme August, Operette in drei Akten von Dr. Bruno Drecker und Robert Pohl, Musik von Rudolf Gfaller, zur Erstaufführung. Der Komponist ist ein langjähriges Mitglied der städtischen Theater in Leipzig und ist die Operette bereits von allen größeren Stadt- und Hoftheatern angekauft worden. Die Titelrolle des Zirkus-August liegt in den bewährten Händen des Herrn Forstner. Er und seine Partnerin Fräulein Marga Hiller werden im Verein mit dem unverwüstlichen Gustav Bertram ihr Möglichstes daran setzen, das lustige Werk mit seinem Stich in das Sentimentale auf das Beste herauszubringen. Die Vorstellung beginnt pünktlich 8½ Uhr.

* **Winter-Tymians im Apollotheater.** Wir verweisen auf das völlig neue Programm, das von heute ab geboten wird. U. a. enthält es den besten Schwank der Tymians, Das Hausgewitter, in dem alle Schleusen der überwältigenden Komik der Darsteller gezogen sind. Auch Fritz Thurm-Silvaré wird sich wieder in neuen glänzenden Kostümen und Darbietungen präsentieren. Das Gastspiel der Tymians geht am 31. August zu Ende.

Löbejün. Ein Schuljunge als Messerstecher. Am sogenannten Mittelgraben in der Nähe des Dorfes Hohnsdorf hatten sich am vergangenen Sonntag fünf Knaben aus Wiesgau und der zwölf Jahre alte Friedrich Gast aus Hohnsdorf versammelt. Im Verlaufe eines Streites zog Gast das Messer und versetzte seinem Widersacher, dem zwölfjährigen Franz Bagrowski aus Wiesgau, einen Stich in den Leib. Bagrowski erlitt eine schwere Verletzung und mußte dem Krankenhause Bergmannstrost in Halle zugeführt werden.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wi[illegible]; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Walhalla-Theater ½9 Uhr.
Kurt Olfers Operetten-Gesellschaft m. Gustav Bertram a. G.
Heute zum zweiten Male:
„Der dumme August"
Operette in 3 Akten von Dr. Bruno Decker und Rob. Pohl.
Musik von Rud. Gfaller.
In Leipzig Zugstück I. Ranges. 1806

Kolossaler Erfolg! 1810
Wegen des riesigen Andranges mussten die Kassen am letzten Sonntag **wiederholt** geschlossen werden.
Noch bis einschl. Donnerstag.
Passage-Theater. Leipzigerst. 88 Fernspr. 1224.
Maria Carmi in: „Für den Ruhm des Geliebten" Vorführung: 4¹⁵, 6⁴⁰ und 9³⁰.
Paul und sein Männe. Eine lustige Dackelgeschichte. (2 Akte.)
Astoria-Lichtspielhaus. Alte Promenade 11a Fernspr. 5738.
Egede Nissen in: „Und wer kein Kreuz und Leiden hat" Vorführung: 4¹⁵, 6⁴⁰ und 9³⁰.
Guido Thielscher in: **Florians Tante.**
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Konzerthaus Oberpollinger
Ecke Gr. Ulrichstr. Jägergasse 1.
Täglich
Gr. Konzert des neuengagierten Damen-Salon-Orchesters „Alpenrosen".
6 Damen, 1 Herr.
Um regen Zuspruch bittet Frau Elsa Beth-Winter.
1158 Eintritt frei!

Pfälzer Schiessgraben
Täglich: **Gr. Frei-Konzert.** 1589
Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

Hall. Genossenschafts-Buchdruckerei
(e. G. m. b. H.)
Halle a. d. S. Harz 42-44
empfiehlt sich Verbänden, Vereinen und Privaten zur Herstellung aller Arten ∴ ∴ von ∴ ∴
Druckarbeiten
unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung, bei ∴ ∴ zivilen Preisen ∴ ∴
1807
Den verehrl. Konsum-Vereinen empfehlen uns zur Anfertigung ihrer jetzt fälligen Jahres-Berichte im besonderen. ∴

1 Posten Damen-Tuchschnallenstiefel m. Ledersohle **M. 3.50**
Filzschnallenstiefel mit Lederbesatz **M. 6.75**
1 Posten braune Kinderstiefel Nr. 34 **M. 9.—**
Alle anderen Sachen wie bekannt billig
Wiebachs Schuhwarenhaus,
Kleine Ulrichstrasse 12. 1802

Bis auf weiteres entlassen, halte täglich
Sprechstunde von 8—1, 2—6.
Sonntags Anmeldung erwünscht. 1801
Dentist H. Körber, Leipzigerstraße 43, I.

Vereins-Anzeiger
zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender **Veranstaltungen** der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.
Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Sonntag den 27. Aug., pünktlich 10 Uhr, im Volkspark.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Mittwoch um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße.
Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Sonntags von 8 bis 10 Uhr: Volkstümliches Turnen u. Spiele auf dem Sandanger.
Sonntag den 27. Aug.: Tages-Turnfahrt nach Leißlingen, Schönburg, Naumburg, Kösen, Sulza. Abfahrt: früh 5.33 Uhr vom Hauptbahnhof.

Touristen-Ver. „Naturfreunde."
Sonntag den 27. Aug.: Tagestour nach dem Petersberg. Abmarsch: 6 Uhr vom Wettinerplatz. Führer: P. Angerstein. Gäste sind herzlich willkommen.

Dauerwäsche Marke **Waschbär** ist kaum zu unterscheiden von Plättwäsche. Stets saub. o. Wasch- u. Plättk. Kl. Berlin 2, I. [1388

Mode-Zeitungen empfehlen die Volksbuchhdlg.

Apollo-Theater
Direktion: Gust. Poller. 1804
Heute, 8.20, zum 1. Male:
Der völlig neue III. glänzende Spielplan der
Winter-Tymians.
U. a. der Haupt-Lachschlager **„Das Hausgewitter".**
Auftreten des beliebten Damen-Darstellers
Fritz Thurm-Silvaré in neuen Glanzrollen.
Apollo-Bons besorgen!

Bad Wittekind.
Mittwoch d. 23. August 1916, abends 8 Uhr:
Wagner-Liszt-Konzert
ausgeführt vom Hall. Stadttheater-Orchester.
Leitung: 1805
Kapellmeister Karl Nöhren.
Als Ehrenabend für Hrn. Kapellm. K. Nöhren.
Eintrittspreis 40 Pf., für Abonnenten 20 Pf. für die Vortragsfolge obligatorisch. Vorverkauf bei Hothan und Koch, sowie i. d. bekannten Zigarrenhandlungen.

Stadt-Theater.
Letzte Woche für Stammkarten-Bestellungen. 1809
Tageskasse tägl. v. 10—1 u. 4—6 Uhr geöffnet. Beginn der Spielzeit: Freitag, den 1. September,
Torquato Tasso.

5 Mark Belohnung 1803
demjenigen, der meinen Trauring (gez. M. R. 6. 3. 06.) gefunden. Abzug. Rannischestr. 20/21, III, r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160822-11/fragment/page=0004

Unterhaltungs-Beilage
des Hallischen Volksblattes.

Halle, 22. August. | Nummer 196 — 1916

42]

Afraja.

Ein nordischer Roman von Theodor Mügge.

„Bist ein Bursche, der einen Gran Verstand mehr in seinem platten Schädel hat, wie viele, habe es immer gesagt," erwiderte Helgestad. „Müßt wissen, Herr Marstrand, Mortuno kommt jeden Sommer mit seinen Tieren hier herunter und läßt sich dann und wann bei uns sehen. Ist ein flinker Schelm, der seine Gaben besitzt und den Dirnen in den Gammen zu schaffen macht, wenn er auf Besuch ausgeht und seine Mütze aufs rechte Ohr setzt."

Der Lappe schien von diesem Lob sehr geschmeichelt zu sein. Seine Augen drückten lebhaftes Vergnügen aus, er riß den Mund lachend auf und gab wiederholt Anlaß, seine Eitelkeit noch mehr zu verspotten.

„Und was, zum Henker!" rief Helgestad endlich, „willst du mit der hübschen Federtasche tun? Will sie dir abkaufen, Mortuno. Ist eine wackere Arbeit daran, kann auf den Lyngenmarkt gebracht ihre vier Spezies wert sein."

„Ich will sie nicht verkaufen," sagte der junge Lappe, während er die prächtige Tasche von seinem Gürtel losmachte.

„Willst nicht, du Dummkopf?" antwortete der Kaufmann. „Gebe dir fünf, gebe sechs harte blanke Taler. Ist ein Prachtwerk, Herr Marstrand, können die Lappen es allein so machen. Willst nicht?" fuhr er fort; „hast ein Schätzchen, du Sohn von einem Wolf, die es um den braunen Hals hängen soll? Oder ha! merke es, du Dieb! hast es für Gula mitgebracht aus alter Liebe und Zärtlichkeit."

Mortuno verneinte alle diese Fragen mit Gelächter und mit der kindischen, dünkelvollen Lustigkeit, die seinen Stamm den Norwegern so verächtlich macht. — „Wenn ich ein Mädchen haben will," rief er prahlerisch, „brauche ich keine Federtasche. Fünf, zehn, zwanzig kommen, wenn sie meine Stimme hören. Gula aber hat kein Recht darauf. Mag sie ein Fischnetz an ihre Schürze hängen, wenn sie eine Tasche braucht."

„Willst nichts mehr von ihr wissen, weil sie von dir nichts wissen will?" sagte Helgestad beifällig grinsend. „Hast recht, mein Junge, such eine, die es dir besser lohnt. Bist ein verständiges Geschöpf. Schau her, Sechs neue Spezies, suche dir die blanksten aus."

Die Gier nach dem Besitz der Tasche war in Helgestad erwacht, und später lernte Marstrand erst kennen, daß diese zierlichen Federarbeiten, welche bis auf die Märkte von Tronthjem und Bergen gelangten und von dort oft selbst nach London und Paris wanderten, sehr teuer bezahlt wurden. In Nordland und Finnmarken waren Federtaschen und Kragen der höchste Putz für die vornehmsten und reichsten Frauen; der alte geizige Spekulant wurde daher aufs angenehmste überrascht, als Mortuno mit mehr Galanterie, als ihm zuzutrauen war, die kostbare Spielerei Ilda überreichte.

„Gefällt sie der Jungfrau?" fragte er, die Tasche hin- und herdrehend, daß das Licht darüber hinlief.

„Sie ist sehr schön," sagte Ilda.

„Es ist eine Brauttasche, wie so leicht keine sich solche verschaffen kann," fuhr Mortuno stolz fort. — „Nimm sie, Jungfrau, und trage sie; der arme Mortuno bittet dich darum."

Ilda würde sich vielleicht geweigert haben, aber Helgestad machte allen Bedenklichkeiten ein Ende. Er bemächtigte sich des Geschenkes und drückte seinen Dank dadurch aus, der er den Lappen herzhaft schüttelte und ihm seine Flasche zu füllen gelobte, was Mortuno großmütig ablehnte.

„Auch gut," lachte der Kaufmann, „machen es ein andermal zwischen uns ab oder schreiben es aufs Kerbholz für die schlechten Streiche deines Herrn und Meisters. Wo ist der alte Höllenbrand Afraja? Hast ihn bei deiner Herde, oder spioniert er anderswo herum?"

„Ich weiß nichts von ihm," war Mortunos Antwort. „Als ich ihn zum letztenmal sah, war ich tief in den Jauren in der Tana, wo er mit dem guten Vater Hornemann in seinem Zelte saß."

„Hat der ihn aufgefunden?" rief Helgestad. „Nu! wird ein wackerer Bericht werden, den der Priester diesmal nach Kopenhagen schickt. Werdet auch darin paradieren, Herr Marstrand, denke aber, können's ertragen."

Er lachte spottend auf, und da Mortuno mit seinen Renntieren fertig war, gab er ihm eine letzte Ladung lustiger Abschiedsbemerkungen mit auf den Weg, die den Lappen lächerlich machten, von diesem aber ebenso dankbar angenommen wurden wie Olafs handgreifliche Grobheiten.

Die Uebrigen drängten sich um den armen Burschen, denn jeder hatte noch eine Witzelei anzubringen. Der eine überbot den andern an boshaftem Spaß, und den versammelten Gaardsleuten, Fischern, Weibern und Kindern war der gequälte Mortuno ein Gegenstand der angenehmsten Unterhaltung. Wie flink er sich auch drehte und seine gute Laune den Ausfällen entgegensetzte, so mußte doch Ilda sich endlich seiner annehmen, daß sie ihren Vater aufforderte, sich ins Mittel zu legen.

„Laßt ihn fort, laßt ihn ziehen!" rief Helgestad. „Mortuno, mein Junge, bist ein Juwel, begreifst den Spaß und lachst mit. Komm wieder, wollen dir mehr davon geben, und bring' eine neue Federtasche, sollst dieselbe Bezahlung dafür haben."

„Danke, Vater," erwiderte Mortuno unter dem schallenden Gelächter, „ich hoffe dir noch manche Freude zu machen — aber meine Mütze ist zerrissen."

„Laß sie mit lappischem Zwirn, mit Renntiersehnen von deiner lieblichen Braut zurechtflicken," rief Petersen.

„Und meine Federn sind zerknickt," fuhr Mortuno fort.

„Da oben fliegt ein Adler, hole dir neue," rief Olaf.

Mortuno faßte sein Gewehr und seine Blicke zuckten nach oben. Die Renntiere und Führer hatten sich auf den Weg gemacht und stiegen jenseits des Grundes an den Felsen hinauf. — „Lauf, was du kannst, ihnen nach, du Narr," sagte der Nordländer, „und verknalle dein Pulver nicht."

Statt der Antwort legte Mortuno seine Büchse an, im nächsten Augenblick donnerte der Schuß und aus der Höhe stürzte der Vogel köpflings fast zu den Füßen des Schützen herunter. Es war ein großer Fischadler, die Kugel ihm mitten durch den Körper gegangen. Das Gefühl der Bewunderung über solche Kunst und Sicherheit brachte ein allgemeines Schweigen hervor.

„Hätte ich es nicht gesehen," sagte Olaf, „ich würde es nicht glauben, obgleich ich weiß, daß die Tagediebe schießen können."

„Nachtwächter sollst du nicht werden," rief Petersen, „aber zu meinem Leibjäger will ich dich machen."

Mortuno hatte dem Adler ein paar der größten Federn ausgerissen und an seiner Mütze befestigt. „Gut, Sorenskriver," grinste er, „ich will dein Jäger werden, will mit dir jagen. Bis ich dir besseres geben kann, nimm dies!" Und den Vogel gegen die Füße des Schreibers schleudernd, floh er über den Platz hin mit einem gellenden Schrei seinen Gefährten nach.

Mehrere der Gaardleute liefen hinterher, doch wenn Helgestads Gebot sie auch nicht zurückgerufen hätte, würden sie ihn schwerlich eingeholt haben, denn der Lappe sprang gemsenartig über die Steine fort und kletterte an der Schlucht hinauf, wo er nach wenigen Minuten seine Mütze schwenkte und sein Hohngelächter hören ließ.

„Laßt den Affen laufen," sagte Helgestad. „Ist bei allem Spaß darüber immer ein übel Ding, zu sehen, wie ein Geschöpf Gottes mit Menschengestalt begabt so weit unten steht, daß es uns Spott und Verachtung erregen kann."

„Dennoch ist das ein Bursche, dem man zeitig die Nägel beschneiden muß," meinte Petersen. „Das boshafte Tier wird sicher bald einmal unter meine Finger kommen, wo ich ihn meine blutigen Strümpfe waschen lassen will."

Der tote Adler hatte Petersens Beine übel zugerichtet, und auf seine Kosten wurde darüber gewitzelt, bis endlich Helgestad die ganze Gesellschaft zum Abschiedsmahle ins Haus rief, denn mit dem ersten Tagesgrauen trat die Ebbe ein, und mit ihr sollte die Jacht den Fjord hinunterschwimmen.

Die Schaffner und Gehilfen im Gaard nahmen heute teil an dem Mahle, und auf glückliche Reise und gute Geschäfte wurde von allen Seiten angestoßen. Die Fröhlichkeit führte endlich zum Gesang, dem ein Tanz folgte. Alt und jung war auf den Beinen, und Ilda mußte mit Petersen unter allgemeinem Jubel einen Hallingtanz machen, zu welchem ein paar Pfeifen der Gaardmänner gellend aufspielten. Marstrand war zuletzt wohl der einzige, der die allgemeine Lustigkeit nicht in gleichem Maße teilte. Er hatte einen für ihn in mancher Beziehung bedeutungsvollen Tag erlebt und machte vergebliche Versuche, Gula noch einmal zu sprechen. Björnarnes Augen waren immer auf ihn gerichtet, Petersen hängte sich ihm an, oder Ilda trat ihm in den Weg. Es war, als hätten sich alle verabredet, ihn zu bewachen, um ihn endlich an Helgestad abzuliefern, der ihn mit Plänen und Spekulationen, guten Lehren und pfiffigen Ratschlägen festhielt bis zum letzten Glase.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Naturgeschichte amerikanischer Millionäre.

II. (Schluß.)

Kornelius Vanderbilt hieß der Mann, der in fünfzehn Jahren neunzig Millionen Dollar zusammenraffte, ein Vermögen, das sich bis heute auf etwa siebenhundert Millionen Dollar vermehrt hat. Er verkörpert den Typus der Eisenbahnkönige. Ausgerüstet mit weitgehenden Machtbefugnissen und Privilegien, gelangt der Eisenbahnbesitzer durch geschickte Manipulationen, kühne Spitzbübereien und schamlose Bestechungen rasch in die Reihen der Großkapitalisten. Der Beginn seines Reichtums aber liegt in der Plünderung des Staates. Schon Ende des achtzehnten Jahrhunderts hatten sich Terraingesellschaften gebildet, die um ein Spottgeld umfangreiche Ländereien an sich brachten. Betrügerische Vermessungen und falsche Eintragungen taten das ihrige. Auf die Art wurde Weideland und Holzschlag verschleudert. Gesetze, bestimmt, diesen Betrügereien und der Verschleuderung von öffentlichem Gut an einzelne Kapitalisten entgegenzuwirken, schlugen in der Wirkung in ihr Gegenteil um. An erster Stelle standen aber bei diesem Landraub die Eisenbahngesellschaften. Viele der Männer, die Eisenbahnen planten, waren geldbedürftige Gauner, die vielleicht ihr Abendbrot nicht bezahlen konnten. „Ein Abkommen mit einem Drucker, der Aktienscheine auf Kredit herstellte, war leicht getroffen; mit Zusicherung eines Haufens dieser Aktien bewogen sie dann eine genügende Anzahl von Parlamentariern, für die Gewährung von Privilegien, Geldunterstützungen und Land zu stimmen." Oft reichte die Gründungssumme nur zur Bestechung aus. Die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts war die Periode der größten Bestechungen. Anfangs erreichen einzelne ihre Reichtümer im Kampfe gegen andere, bald aber schließen sie sich mit den Konkurrenten zusammen und beherrschen in dem Trust die Gesellschaft.

Einer der Mächtigsten und Skrupellosesten in dieser Gesellschaft war Vanderbilt, dem seine unglaubliche Unbildung kein Hindernis in der Profitmacherei war. Als Fährmann begann er, wurde bald Bootsbesitzer und Kapitän, indes seine Frau eine Kneipe führte. 1829 hat er schon an die 30 000 Dollar zusammengerafft, die er zum Bau eines Dampfers verwendete. Schon da begann er seine Methode anzuwenden, die Konkurrenten in den Frachtsätzen so lange zu unterbieten, bis sie vom Markte weichen mußten, worauf er sein Monopol zur Schröpfung des Publikums ausnützte. Auf die Art hatte er im Alter von vierzig Jahren bereits eine halbe Million beisammen. Jetzt konnte er es schon wagen, den Neuyorker Gemeinderat zu bestechen, damit die Docks ihm überlassen würden. Es pflegte aber auch die Regierung für die Beförderung der Post den Dampferlinien Subventionen zu geben, außer dem Porto. Erpressung und Betrug waren nun die Mittel, durch die Vanderbilt sich einen Löwenanteil an diesen Subsidien sicherte. So bezog er monatlich 56 000 Dollar nur dafür, daß er schweige und seinem Konkurrenten auf einer einzigen Linie das Geschäft nicht verderbe. Als jedoch in den Sechzigerjahren der Bürgerkrieg einsetzte, begann er Schiffe für Truppentransporte zu verpachten oder zu verkaufen, beides mit Kriegsprofiten. Lieferten andere schlechte Uniformen, miserables Schuhzeug und minderwertige Nahrungsmittel um hohe Preise, so tat er es mit gebrechlichen Schiffen. „Bei völlig stillem Wetter und ruhiger See wurden Planken losgerissen und die entsetzten Soldaten sahen zu ihrem Erstaunen, daß das Holz verfault war." Die Ausdehnung seiner Betrügereien lag klar am Tage, was nicht gehindert hat, daß sein Patriotismus verherrlicht wurde.

Um die Zeit wendet Vanderbilt seine Aufmerksamkeit den Bahnen zu. Durch allerlei Manöver erreicht er den Kurssturz der Aktien einer Bahn, kauft diese 1863 auf, worauf sie dann wieder steigen. Die Steigerung hat er durch neue Privilegien, die Frucht von Bestechungen, bewirkt. Es kann hier nicht auf alle Einzelheiten eingegangen werden, die Methode war oft die: Vandebilt bestach Direktoren und Beamte einer Eisenbahn, damit sie die Schienen, die Bahndämme und die Wagen verfallen lassen. Die Folge war eine Verminderung des Wertes, also ein Sinken der Gewinne und ein Kurssturz der Aktien, die zu deren Ankauf durch den Konkurrenten führten. Diese Methode führte häufig zu Eisenbahnkatastrophen, aber was zählten Menschenleben im Kampfe der Millionen! Eine zweite Methode war die, Konkurrenzlinien durch Unterbietung der Frachtsätze zu ruinieren und dann aufzukaufen oder aber Anschlußbahnen dadurch zu bezwingen, daß jeder Güterverkehr mit ihnen unterbrochen wurde. Hand in Hand damit erreichte Vanderbilt neue Konzessionen und Privilegien. Durch die Verschmelzung zweier Eisenbahnlinien und durch die Herausgabe neuer Aktien „verdiente" er 1869 allein 44 Millionen. Während er für weitere Linien Subventionen in Geld und Land erwirkt, reduziert er gleichzeitig die Löhne der Arbeiter. So hinterläßt er 1877 ein Vermögen von 135 Millionen Dollar. Vanderbilt verkörperte in sich die Eigenschaften, die die kapitalistische Gesellschaft im ganzen übte und schätzte. Das schlimme Mißtrauen gegen die Menschen, das Unterschieben schlechter Absichten sind charakteristisch für die kapitalistische Klasse als Ganzes." Dabei war er knauserig und roh. Seine Erben pflegten seine Methoden. Durch Frachtunterbindungen erzwangen sie die Beteiligung an den Kohlenminen. Durch Ausbeutung des Publikums und der Arbeiter, durch Bestechung und gemeinen Betrug, durch Börsenmanöver und Skrupellosigkeit mehrte sich dann diese Summe bis zu 700 Millionen Dollar. Ahnenstolze Aristokraten bewarben sich um die Töchter der Gelddynastie.

*

Von anderer Art vielleicht war Gould und doch im Wesen derselbe. Auf Diebstahl gründete er sein Vermögen und im Diebstahl mehrte er es. Seine Diebstähle waren lange nicht so schwer wie die Betrügereien bei den Kriegslieferungen, aber an Privaten verübt, fielen sie auf und machten ihm einen schlechten Ruf. Auch seine Bestechungen waren offen, an einem Tage verteilte er 500 000 Dollar im Parlament und siegte so über Vanderbilt. Auch ein Beherrscher von Eisenbahnen, wendete er die Methoden seiner Konkurrenten an, führte Riesenschwindeleien durch, die zur Einsetzung einer Untersuchungskommission führten. Diese fand, daß er große Bestechungssummen auf das „Kautschuk-Konto" gesetzt hatte. Er gab zu, „daß sich diese Ausgaben — Bestechung während der Wahl — in der Regel besser bezahlt machten, als wenn er die Senatoren nach der Wahl bestechen wolle." Er war so schlau, daß er selbst Vanderbilt über das Ohr hieb.

Eines seiner größten Geschäfte war die Goldspekulation. Während des Bürgerkrieges war Gold sehr knapp, 1869 waren nur 15 Millionen Gold im Umlauf. Diese wollte Gould in seine Hände bringen. Im Staatsschatz waren jedoch 25 Millionen in Reserve. Seine Absicht konnte nur dann gelingen, wenn die Regierung mittat. Er bestach also einen Schwiegersohn des Präsidenten. Gould kaufte nun Gold. Als er jedoch erfuhr, daß der Präsident Gold auf den Markt werfen wolle, heckte er einen frechen Plan aus. Er kaufte mittels gefälschter Schecks um 40 Millionen Gold; er hatte bald alles vorhandene Gold in den Händen und noch überdies Verträge auf Lieferung weiterer 70 Millionen. Am Tage nun, bevor der Präsident einen Teil der Goldreserve auf den Markt werfen und so den Preis drücken wollte, am 24. September 1869, trieb er den Preis des Goldes durch Scheinkäufe in die Höhe, während er in Wahrheit verkaufte. Die Fabrikanten sahen nur das Steigen des Goldes infolge der Scheinkäufe und kauften um jeden Preis. Die Börse bot einen abscheulichen Anblick. Großkapitalisten liefen zitternd und jammernd herum. Die Ausdünstungen der keuchenden Menschen waren entsetzlich. Geldgier, ja Wahnsinn prägte sich in den Gesichtern der Spekulanten aus. Plötzlich kam die Nachricht, der Staatsschatz verkaufe Gold. In einem Augenblick war die Spekulation aus; man wollte Gould lynchen, aber er war längst davon. Er hatte 11 bis 12 Millionen Dollar verdient. Nur ein Börsenmanöver.

Kleines Feuilleton.

Vorsicht beim Anspitzen von Tintenstiften!

Wohl wenige wissen, daß die beliebten Tintenstifte, die jetzt besonders viel im Felde Verwendung finden, eine ziemlich große Gefahr für die Augen bilden. Es sind neuerdings eine ganze Reihe von Fällen bekannt geworden, in denen beim Anspitzen von Tintenstiftchen kleine Teilchen des Stiftes ins Auge drangen und dort zu den heftigsten Erkrankungen führten. Das besonders Bedenkliche dabei ist, daß die Verletzungen anfänglich so gut wie keine Schmerzen verursachen, also nicht weiter beachtet werden. Nachdem der Betreffende zunächst das Gefühl eines kleinen Fremdkörpers im Auge hat, verlieren sich gewöhnlich auf 24 Stunden alle Erscheinungen. Das Stiftteilchen wandert dabei in den Bindehautsack und wird dort zunächst von einer kleinen Cyste eingekapselt. Später werden die Wände der Cyste zerstört und der Farbstoff (Methylviolett) dringt nun ins Blut, heftige, mit Eiterungen verbundene Entzündungen, die zum brandigen Zerfall der Gewebe führen, hervorrufend.

In der Münchener Medizinischen Wochenschrift teilt Prof. Dr. Hans Oloff, Oberarzt der Augenabteilung, verschiedene solcher Fälle mit, in denen die Verletzten teilweise wochenlang krank waren. Im schwersten Falle war der Betreffende sechs Monate lang in augenärztlicher Behandlung, um schließlich mit einer fast völlig zerstörten Sehkraft des einen Auges entlassen zu werden. Der Methylfarbstoff hatte hier nicht nur eine Bindehaut-, sondern auch eine heftige Regenbogenhauterkrankung erzeugt. Der Fall wäre jedenfalls viel leichter verlaufen, wenn eine richtige Behandlung frühzeitiger eingesetzt hätte. So aber war der Verletzte von dem jungen Unterarzte, der die Sache als nicht gefährlich ansah, in den Schützengraben geschickt worden, wo er bald von heftigen Augenschmerzen, verbunden mit Lidanschwellung und Lichtscheu, befallen wurde. Die richtige Behandlung, in die er nun kam, konnte nicht mehr viel retten, da der Giftstoff schon zu tief in die Gewebe eingedrungen war. Prof. Dr. Oloff empfiehlt, nach Eindringen von Tintenstiftteilchen in das Auge, was sich meist nach kurzer Zeit durch intensive Blauviolettfärbung des Augapfels zu erkennen ist, sofort Ausspülungen vorzunehmen, nachdem eventuell das Stiftteilchen mittels Pinzette aus dem Bindehautsack entfernt worden ist. Hat sich das Methylviolett bereits den Geweben mitgeteilt, so ist die entzündete Stelle mit dem scharfen Löffel wegzunehmen, damit der Farbstoff nicht weiterdringen kann. In ganz frischen Fällen hat sich auch Einträufelung von 5—10prozentiger Tanninlösung bewährt, durch den das Methylviolett neutralisiert wird. Dies ist natürlich nur wirksam, solange der Farbstoff nicht ins Blut gedrungen ist.

Moos als Verbandsmittel?

Ein militärischer Mitarbeiter des Manchester Guardian schreibt: Eine der merkwürdigsten Entdeckungen in diesem Kriege ist, daß Moos ein gutes Verbandsmittel für Wunden bildet. Sowohl Aerzte wie auch Pfleger wenden in großem Maßstabe diesen Artikel an und die Nachfrage danach ist gewaltig groß. Besonders bei warmen Wetter ist Moos vorzuziehen, weil es leichter, weicher ist und größere Aufsaugungsfähigkeit besitzt, zumal es mehr als das zehnfache seines eigenen Gewichts an Wasser aufnehmen kann. Ueberall wo Moor und Heidegrund vorkommen, wächst Moos in großen Mengen. Es wird in großen Säcken gesammelt, doch darf es nicht länger als zwei Tage in diesen Säcken aufbewahrt werden, da es sonst warm wird und in Fäulnis übergeht. Es wird dann ebenso wie Heu getrocknet, antiseptisch behandelt und mit hydraulischen Pressen zu kleinen viereckigen Paketen zusammengepreßt, welche zu Tausenden an die englische Front gehen.

Die Frau des Urlaubers.

Wohl über drei Nächte, wohl über drei Tag
Muß er wieder von mir,
Der dumme, eilige Uhrenschlag
Schlägt nirgends so schnell wie hier.

Wohl über drei Nächte, wohl über drei Tag
Bin ich wieder allein
Mit unseren Kindern und der Frag':
Muß dieses Elend sein?

Wohl über drei Nächte, wohl über drei Tag —
Mein Herz ist dunkel und weint,
Da steht er wieder in arger Plag'
Und zielt auf den Feind.

Wohl über drei Nächte, wohl über drei Tag
Reißen sich los vier Händ',
Du lieber Gott im Himmel sag,
Wann hat der Krieg ein End'?

Alfons Petzold.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160822-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Sondreabmachungen bei Obstverpachtungen.

Die Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk teilt mit: Der Magistrat Querfurt hat bei Verpachtung seiner diesjährigen Hartobstnutzung unter § 13 des Pachtvertrages folgenden Satz aufgenommen:

§ 13. Das Abernten der Pflaumen im grünen und unreifen Zustand ist verboten Die gesamte Pflaumenernte ist von den Pächtern in gutem und reifem Zustande dem Magistrat zum Preise von 5 Mk. für den Zentner auf dem Rathaus abzuliefern. Für die Erfüllung dieser Bedingung haftet die Kaution

Der Magistrat Köllеda hat bei Verpachtung seiner diesjährigen Obstnutzung bestimmt: Die hiesigen Oebster müssen Fallobst und sämtliche Pflaumen, letztere zum Preise von 5 Mk. pro Zentner, an hiesige Einwohner abgeben.

Der Magistrat Naumburg bestimmte bei seiner diesjährigen Obstverpachtung folgendes: Die Pächter haben sämtliches Fallobst und Pflaumen, die sie in reifem Zustand ernten, dem Magistrat zur Verfügung zu stellen Der Magistrat zahlt für Pflaumen pro Zentner 4 Mk., für Fallapfel 3 Mk.

Der Magistrat Weißenfels hat in diesem Jahre seine Pflaumen- und Hartobstnutzung nicht verpachtet. — Er läßt seine Anlagen in eigener Verwaltung bewirtschaften und das geerntete Obst zu möglichst billigen Preisen an seine Einwohner abgeben.

Die örtlichen Preisprüfungsstellen werden darauf hingewiesen, in diesem Sinne aufklärend und beratend bei Abschließen von Pachtverträgen einzuwirken. — Hoffentlich hat das vielerorts Erfolg.

Oberröblingen. Zum Ausbau der Gewerkschaft Oberröblingen. In der Gewerkenversammlung teilte der Grubenvorstand mit, daß die Abteusarbeiten des neuen Schachtes bisher zufriedenstellend verlaufen seien. Um den Ausbau des Werkes zu sichern, sind noch rund 5 600 000 Mark nötig. Hiervon sollten bis zu 3 600 000 Mark durch Zubuße und der Rest durch später auszugebende, hypothekarisch sicherzustellende Teilschuldverschreibungen aufgebracht werden. Diese Maßnahmen ständen im Zusammenhang mit dem Wiederaufrichtungsplan für die gesamte Gruppe der Adler-Kaliwerke, durch den die Fertigstellung der Werke Oberröblingen, Hope und Adolfsglück gesichert werde. Die Gewerkenversammlung beschloß hierauf einstimmig die Ermächtigung des Grubenvorstandes zur Ausschreibung einer Zubuße bis zu 3 600 000 Mark, deren Einziehung durch den Grubenvorstand nach Bedarf erfolgen wird, sowie ferner zur Aufnahme einer später zu begebenden, hypothekarisch einzutragenden Teilschuldverschreibungsanleihe, deren Betrag unter Berücksichtigung des zu gewärtigenden Disagios, auf bis zu 2 500 000 Mark festgesetzt wurde.

Eisleben. Beim Schweinestehlen erschossen. In Lichterfelde bei Berlin wurde Sonnabend nacht ein Mann erschossen, der beim Schweinestehlen ertappt wurde. Es handelt sich um den in Eisleben geborenen 50 Jahre alten Otto Schenk. Die Besitzerin der Schweine hatte im Stall eine Alarmklingel anbringen lassen, wodurch der Sohn alarmiert wurde. Als er hinauskam, wurde er bedroht und machte dann von einem Revolver den unglücklichen Gebrauch.

— Höchstpreisüberschreitung. Der Fleischermeister Karl Kaiser und dessen Ehefrau Berta Kaiser sind vom Amtsgericht hier am 28. Juli d. J wegen Höchstpreisüberschreitung von Schweinefleisch rechtskräftig verurteilt worden, was jetzt amtlich veröffentlicht wird.

Hettstedt. Bessere Einteilung nötig. Wenn man die Massenansammlungen beim Fleischverkauf hier beobachtet, wie sie besonders an den Sonnabenden vor den Fleischerläden stattfinden, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß es hier an einer zweckmäßigen Einrichtung fehlt. Es ist unbedingt nötig, daß entweder Nummern für die einzelnen Kunden eines Fleischers ausgegeben werden, oder daß der Verkauf nach dem Alphabet stattfindet, wie sich an anderen Orten, wie Eisleben, gut bewährt. Das es so eingerichtet wird, daß jeder mal zu einem Stückchen Fleisch kommt, ist leicht zu machen. Es ist hier Zeit, daß Wandel geschaffen wird.

Rammelburg. Raubanfall wegen Butter. Der Invalide Wilhelm Fuchs aus Hettstedt, der sich im Auftrage des Händlers Ballin am Freitag voriger Woche in der Umgegend von Rammelburg auf dem Buttereinkaufe befand, wurde am dortigen sogenannten „Stall" von zwei Männern, die aus dem Gebüsch auf ihn losstürzten, durch Drohungen gezwungen, ihnen einen Teil der zusammengeholten Butter auszuliefern. Außerdem nahmen sich die Männer noch einige Stückchen der begehrten Ware mit Gewalt.

Delitzsch. Erhöhung der wöchentlichen Butter- und Fettmenge. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Butter- und Fettmenge von 62½ Gramm auf 90 Gramm für den Kopf und die Woche erhöht worden ist. Jene Einwohner, die die bisherige Menge von 62½ Gramm für diese Woche schon abgeholt haben, können die Restmenge auf Grund eines Vermerks auf der Stammkarte noch nachträglich erhalten.

Eilenburg. Töblicher Sturz. Am Sonnabend nachmittag stürzte die 71jährige Witwe Henriette Mai in ihrem Garten, Flügelstraße 3a, beim Pflücken von Birnen vom Baume ab und erlitt einen so schweren Schädelbruch, daß sie nach einer Stunde starb.

Torgau. 19 feindliche Offiziere entflohen. 19 feindliche Offiziere, 13 Russen, vier Engländer und zwei Franzosen, sind in der Nacht zum Sonnabend aus dem Gefangenlager Brückenkopf hier durch einen von ihnen unterirdisch hergestellten Gang entwichen. Der Gang beginnt von der in der Baracke belegenen Stube der Entflohenen aus, führt unter der Brückenkopfmauer, dem Wallgraben und der Chaussee Torgau—Zwethau entlang und mündet außerhalb der Postenkette auf der Elbwiese. Lange Zeit dürften die Entwichenen zur Herstellung des etwa 90 Meter langen, 80 Zentimeter hohen und 55 Zentimeter breiten Stollens gebraucht haben. Ueber den Verbleib des ausgeschachteten Erdreichs ist etwas Näheres noch nicht bekannt geworden. An Handwerkszeug hat man in dem Gange eine Mauerkelle und eine Kohlenschippe vorgefunden. Bis jetzt ist es nicht gelungen, der entwichenen gefangenen Offiziere, unter denen sich auch ein Pionierhauptmann befinden soll, habhaft zu werden.

Annaburg. Großfeuer. Sonntag nachmittag brannte die mit Erntevorräten gefüllte Scheune des Landwirts Eiserbeck in der Mittelstraße nieder. Auch fielen dem Brande wertvolle landwirtschaftliche Maschinen zum Opfer. Der Besitzer hat nur niedrig versichert. Das Feuer griff auf das Stall- und Wohngebäude der Witwe Liebe in der Hinterstraße über und sicherte auch dieses noch vollständig ein. Das beträchtliche Schadenfeuer soll durch mit Streichhölzern spielende Nachbarskinder verursacht sein.

Falkenberg. Schauerliche Ballonfahrt. Bei der Grube Ilse bei Senftenberg machte ein Freiballon eine Zwischenlandung, der mit einem Offizier, einem Sergeanten und einem Unteroffizier besetzt war. Natürlich war die Schuljugend bald zur Stelle. Der Offizier bereitete nun den Kindern das Vergnügen, sie gruppenweise in die Gondel zu nehmen und mit ihnen aufzusteigen, soweit das Schleppseil, an dem der Ballon gehalten wurde, es zuließ. Dann stieg der Offizier allein auf. Das Kommando zum Loslassen aber mußte der elfjährige Sohn des Arbeiters Bertram von Grube Ilse überhört haben, kurz, er schwebte in wenigen Sekunden zwischen Himmel und Erde. Ehe der Offizier die Lage erkannte, befand sich der Ballon schon in einer Höhe von 1500 bis 2000 Meter. Die sofortige Landung erfolgte zwischen Sedlitz und Sorno. Der Knabe war — nicht herabgefallen. Seine Kräfte hatten wohl schon längst verlagt. Ein Wunder war aber geschehen. Gleich beim Auffstieg hatte das Seil, an dem der Knabe hing, eine Schlinge um das linke Bein des Jungen geschlagen und so den Absturz in die Tiefe verhütet. Die Landung ging glatt vonstatten. Der Junge war zwar kreidebleich und wurde ohnmächtig, erholte sich aber bald wieder von der ausgestandenen Angst. Die linke Gesichtsseite, der linke Arm und das linke Bein zeigten starke Röte und Druckstellen.

Gewerkschaftliches.

Bergarbeiterstreik.

Auf der Stinnes-Zeche Kaiser Friedrich in Barop, die eine Belegschaft von über 1000 Mann hat, verweigerte am Mittwoch voriger Woche die Nachmittagsschicht die Anfahrt. Am Donnerstag schlossen sich die Belegschaften der anderen Schichten an, so daß der Betrieb vollständig ruhte.

Die Organisationsleitung und der Arbeiterausschuß beriefen sofort eine Versammlung der Streikenden ein. In dieser wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Ausschuß und die Organisationsleitung mit der Zeche wegen Erhöhung der Löhne und vermehrter Lieferung von Lebensmitteln unterhandeln sollen. Fällt das Ergebnis der Verhandlung ungenügend aus, so soll die Bergbehörde als Einigungsamt angerufen und eine neue Versammlung anberaumt werden. Unter diesen Bedingungen erklärten sich die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit bereit.

Arbeitsniederlegung bei einer Leipziger Speditionsfirma. Der Arbeitgeberverband für das Transportgewerbe hatte den Unternehmern empfohlen, den Arbeitern 29 Mark Lohn und 7 Mark Teuerungszulage auszuzahlen. Eine Reihe Firmen weigerten sich, diesem Beschlusse nachzukommen, u. a. auch die Speditionsfirma C. G. Lentsch in Leipzig. Erst nachdem die Arbeiter die Arbeit niedergelegt hatten, erklärte sich die Firma bereit, die Zulage für die letzten Wochen nachzuzahlen und in Zukunft die Beschlüsse des Verbandes durchzuführen.

Die Verkehrsstreiks in Schweden.

Nach Mitteilung des schwedischen Reedervereins haben die Stauer in Grangik, Sandvik, Seskarö und Haparanda die Arbeit eingestellt. Ueber die Ursachen des Streiks liegen bisher noch keine Mitteilungen vor.

Der Stand des Streiks im Stockholmer Hafen hat sich bis jetzt nicht wesentlich verändert. Die Arbeit ruht mit Ausnahme der Fälle, in denen die Schiffsbesatzungen zu Lösch- und Ladearbeiten herangezogen wurden. Eine Versammlung sämtlicher Stockholmer Sektionen des Transportarbeiterverbandes sprach den Streikenden ihre volle Sympathie aus und sagte ihnen ihre Unterstützung zu

Gewerkschaften gegen die neue Sommerzeit.

Die Mannheimer Stadtverwaltung hat das dortige Gewerkschaftskartell um eine Umfrage bei den Gewerkschaften über die Erfahrungen mit der Sommerzeit gebeten. Das Gewerkschaftskartell faßte die Umfrage wie folgt zusammen: Eigentliche Freunde der Sommerzeit gibt es verschwindend wenige. Ein Teil der Arbeiterschaft — vielleicht ein Viertel — verhält sich gleichmäßig zur Sommerzeit, oder richtiger ausgedrückt, sie hat sich mit der Sommerzeit abgefunden. Der größte Teil der Arbeiterschaft dagegen hat mancherlei an der Sommerzeit auszusetzen. Die Hauptein wände sind, daß durch die Sommerzeit eine Verlängerung der Arbeitszeit verschuldet wird, daß die Nachtruhe verkürzt und gesundheitliche Schädigungen durch diese beiden Erscheinungen hervorgerufen werden. Die Arbeiterschaft hat deshalb kein Interesse daran, daß die jetzige Zeiteinteilung weder im Sommer noch im Winter wiederholt wird; sie wünscht vielmehr lebhaft, daß es dauernd bei der natürlichen mitteleuropäischen Zeiteinteilung bleiben möge.

Allerlei.

Eine edle Bauernseele.

Der Mannheimer Volksstimme wird geschrieben:

„Der Vorort Neckarau ist nun schon wieder heute, Sonnabend, den 19. August, den dritten Tag ohne Kartoffeln, und es ist geradezu ein Kniff oder großes Glück, wenn man irgendwo aus Gefälligkeit ein paar Pfund erwischt. Nachdem die Kalamität bereits am Freitag abend aufs höchste gestiegen war, hieß es auf einmal, der Weidner, genannt der „große Hannes", in Neckarau hat Kartoffeln, er gibt den Leuten. Nun gingen aus einem Hause vier Jungen zu Weidner, und aus einem andern vier Familien je einer, um fünf Pfund Kartoffeln zu holen, mit den üblichen Marken, darunter eine Familie mit sage dreizehn lebendigen Kindern, die am Freitag abend nichts zu essen hatten und wovon der Vater in Neubreisach bei einer Maschinengewehrkompagnie zur Ausbildung steht. Aber was tat dieser Weidner? In echt Neckarauer Dialekt sagte er: „Was wollt ihr, Kartoffeln? Wartet, ihr kriegt!" ging, holte eine Kartoffel, schnitt sie in vier Stücke, gab jedem ein Stück in die Hand und sagte: „So, jetzt könnt ihr gehen, jetzt häbbt er aa Kartoffel!"

Wenn man diesem Patrioten 10—15 Mark für einen Zentner Kartoffeln zahlen würde, da hätte er sicher; aber für eine arme Familie oder Frau, die Tag und Nacht in der Industrie schwer arbeiten und Granaten drehen, damit sein Geld und Gut vom Feinde verschont bleibt, und geschützt werden kann, hat er keine fünf Pfund Kartoffeln gegen die üblichen Höchstpreise und bei momentaner Not übrig.

Für seine edle Tat und niederträchtige Gesinnung möge er noch viele lange Jahre an seinem Leben Freud haben. Zum Beweise lege ich die vier Kartoffelstücke auf den Redaktionstisch."

Ein russisches Korruptionsbild.

Wie das Petersburger radikale Blatt Djen meldet, verfügte der russische Verkehrsminister die sofortige Verhaftung der drei leitenden Ingenieure der großen Schleusenarbeiten am Don. Die im geheimen angestellte Untersuchung habe riesenhafte Unterschlagungen und Durchstechereien aufgedeckt, die namentlich begangen worden seien durch den Verkauf des für den Schleusenbau bestimmten Materials und Metalles. Die Riesensummen übersteigen schon jetzt 15 Millionen Rubel.

Todessturz des französischen Fliegers Brindejonc. Nach einer Meldung aus Paris ist der Flieger Brindejonc des Moulinais einem Flugzeugunfall zum Opfer gefallen. Brindejonc des Moulinais war einer der besten Flieger Frankreichs. Auffehen erregte sein Flug Paris—Berlin, für den er, trotz Sturm und kurzen Aufenthalts in Wanne, am 10. Juni 1913 nur rund sechs Stunden gebrauchte. Von Johannisthal aus unternahm der Franzose dann seinen großen Europaflug, der bis zum 2. Juli dauerte. Brindejonc besuchte nacheinander Warschau, Petersburg, Stockholm, Kopenhagen, Amsterdam und Brüssel, um am 2. Juli wieder in Paris anzukommen.

Wasserrohrbruch in Breslau. In der Ohlauer Straße zwischen der Poststraße und Neue Gasse in Breslau, den Hauptverkehrsstraßen der inneren Stadt, erfolgte nachts 3 Uhr ein Wasserrohrbruch. Das Wasser wurde mit solcher Gewalt herausgeschleudert, daß der Asphalt völlig geborsten ist. Granitsteinplatten der Bürgersteige wurden emporgehoben. Die Schienen der elektrischen Straßenbahn ganz verbogen, die Keller der angrenzenden Häuser stehen voll Wasser. Auch an Läden ist großer Schaden angerichtet.

Ein „fetter Konkurs". Ein Eisenacher Geschäftsmann erhielt laut Eisenacher Zeitung von dem Verwalter des Konkurses einer Eisenacher Firma eine Postanweisung über — 10 Pf. zugesandt. Der Konkursverwalter hatte von dem Riesenbetrage, der dem Geschäftsmanne aus seiner Forderung zustand, 10 Pf. für die Uebersendung des Betrages durch Postanweisung abgezogen, und da von dem Betrage von 10 Pf. noch 5 Pf. für die Zustellung durch den Geldbriefträger abgehen, so blieben also 5 Pf. übrig, die er als „Andenken" an den Konkurs bekam. Da der fragliche Geschäftsmann aus dem Konkurs eine Forderung von 80 Mark hatte, so beträgt die „Ausschüttung" aus der Pleite ⅛ Prozent.

Briefkasten der Redaktion.

H. Sch. in M. Maßgebend ist, ob bei dem Pflegekind „Bedürftigkeit" vorliegt Wenn es noch nichts verdient, ist die Kriegsunterstützung weiter zu zahlen, auch wenn das 15. Lebensjahr überschritten ist. Verdient das Kind so viel, als es braucht, hört die Unterstützung auf, auch wenn der uneheliche Vater zahlen müßte, wenn er hier wäre.

H. M. in H. Die Sozialdemokratie hat im Reichstage wiederholt beantragt, daß den Kriegerfrauen im Mietrechte größerer Schutz zuteil wird.

F. K. in R. Uns scheint das Vorgehen der beiden auch nicht richtig zu sein. Der G. muß erst einen Auftrag haben. Reichen Sie eine Beschwerde beim Landrat ein

Allg. Konsum-Verein zu Schiepzig
(e. G. m. b. H.)
Sonntag den 3. September 1916, nachmittags 8 Uhr, im Dorenbergschen Lokal:
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Halbjähriger Inventurbericht.
2. Revisionsbericht. *586
3. Bericht über den Unterverbandstag zu Koswig.
4. Verschiedenes.

Schiepzig, den 21. August 1916.
Der Aufsichtsrat: O. Reppin, Vorsitzender.

F.
Paul Leuschner, Halle a. d. S.,
Zigarren- und Zigaretten-Versand,
Hauptgeschäft Mittelwache 9-10. Fernruf 2087. Zweiggeschäft Harz 50.
Engros-Vertrieb der Zigaretten-Fabriken **Yenidze, Eckstein, Manoli, Union, Reunion etc.**
Zigarren nur erster Firmen.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. — Versand nach auswärts.

Ackerland
im Norden von Halle (Gegend Tierasyl, Dessauerstraße, Galgenberg) und in der Gegend Zoologischer Garten, Trotha zu pachten gesucht. Angebote: **Sekretariat des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft, Physiologisches Institut, Magdeburgerstraße 21,** (Sprechzeit: vormittags 8—1, nachmittags 3—7 Uhr). 1808

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten
Straussfedern
Der einzig feine Hutputz, Sommer und Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken, ein echter Straussfederhut findet überall grösste Bewunderung.
Ich liefere echte Straussfedern unter Nachnahme in Tiefschwarz u. Schneeweiss
Länge ca. 36 cm, Breite ca 13 cm, zu 1.50 Mk.
" " 39 " " " 14 " " 2.50
" " 45 " " " 16 " " 4.50
- Zurücknahme nach 8tägiger Probe. -
Viele Auszeichnungen hoher Herrschaften.
Prucht-Katalog in künstlerischer Ausführung, grösste Auswahl in Straussfedern und Reiher, sehr lehrreich, von grossem Werte für alle Damen, versende ohne Kaufzwang an jedermann umsonst und postfrei.
Ernst Lange, Strauss-Federn-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Arnoldstrasse 21 a. *584
Kein Ladengeschäft. Versand direkt an Private!

Arbeiter
schützt Euch vor Steuer-Ueberschätzung!
Schafft Euch das
Lohnbuch zu Steuerzwecken
mit seinen praktischen Ratschlägen an. **Preis 30 Pfg.**
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung Halle (S.).

Siegreich
brennende
Kriegs-Zigarren
in **Feldpostbriefen**
(fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei)
empfiehlt in bekannter Güte
J. Sanow
Nachf. (H. Spengler), **Geiststrasse 5.** †

Zahnpraxis Zimmermann.
Magdeburgerstr. 24hpt. Tel. 4830. (am Walhalla). 8-12½ u. 3-5.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst.
Zander, Gr. Klausstraße 12.
*368 Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Arbeitsmarkt.
Heizer gesucht,
für Kriegsbeschädigte sehr geeignet.
*582 **Schrankenfabrik Diemig.**

Familien-Nachrichten.

Als Opfer dieses furchtbaren Völkerringens fiel am 23. Juli an der Somme unser treues Mitglied und eifriger Sangesbruder, der Kanonier

Karl Peter.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!
Büschdorf, den 22. August 1916. *585
Gesangverein Polyhymnia.
Stumm schläft der Sänger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160822-11/fragment/page=0006